

Ostland

Magistrat

Einlg 13. SEP. 1930

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Winschel u. Dr. Franz Lüdtko in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund e. V., Wm.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. Bezug: Durch die Post vierteljähr. 1.50 M. Einzelnummer 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühren. Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschlag an den Text auf Legebrette 1.20 M.

Nr. 37.

Berlin, 12. September 1930.

11. Jahrg.

Grenzlandhilfe und Osthilfe.

Neben der Osthilfe, die dem Reich nach vorheriger Vereinbarung mit Preußen auf Grund der letzten Notverordnung des Reichspräsidenten teilweise durchgeführt wird, kommt den Ostprovinzen — neben Schleswig — noch eine Grenzlandhilfe zugute, die aus Etatsmitteln des Reiches und Preußens gewährt wird. Diese Dinge kann der einzelne Mann schwer auseinanderhalten, ja selbst politisch sonst gut unterrichtete Zeitungen werfen diese beiden Hilfswerke für den Osten fortgesetzt durcheinander. Zur Klarstellung müßten wir bemerken, daß es sich bei der Grenzlandhilfe nicht um irgendwelche Summenungen für Einzelpersonen handelt, sondern lediglich um die staatliche Unterstützung von Gemeindeverbänden und Gemeinden zur Förderung wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Unternehmungen durch Überweisung staatlicher Mittel von Reich und Staat. Diese Mittel können also nur Provinzial-, Kreis- oder Stadtverwaltungen direkt zugute kommen. Indirekt bedeuten sie natürlich auch eine Unterstützung von Industrie, Handwerk und Handel, weil daraufhin für Bahn- und Schaulenbauten, Schulen, Krankenhäuser, Sportanlagen usw. von den erwähnten Verwaltungen Aufträge vergeben werden können und so den darniederliegenden Gewerbebetrieiben Arbeit verschafft und damit zugleich die Arbeitslosigkeit vermindert wird.

Die Grenzlandhilfe.

Das Sofort-Ostprogramm für 1930.

Wie für den Westen, wird mit Etatsmitteln des Reiches

und Preußens auch für den Osten ein umfassendes Hilfsnetzwerk unternommen, das den durch die Grenzlandhilfe begünstigten und durch die Grenzlage besonders betroffenen Ostländern ausgeföhrt werden soll. Dabei sind gleichmäßig wirtschaftliche, kulturelle und soziale Bedürfnisse berücksichtigt worden. Jedoch kann sich die Grenzlandhilfe ihrem Zweck entsprechend und im Hinblick auf die Verhältnisse der Ostprovinzen nicht auf die Verhältnisse der Ostprovinzen beschränken, sondern muß auch die Bedürfnisse der Ostprovinzen berücksichtigen. Die erforderlichen Anweisungen sind bereits ergangen. Mit den geplanten Arbeiten soll sofort begonnen werden, da die bereitgestellten Mittel schon in

diesen Gebieten eintreffen, in denen sich die Wirkungen der Grenzverhältnisse, der Verkehrsabschnürung und des Verlustes früherer Absatzmärkte unmittelbar bemerkbar gemacht haben. Demnach kommen für die Grenzprovinzen in Betracht die Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Oberschlesien, die an der Ostgrenze gelegenen Teile der Provinz Niederschlesien sowie die Regierungsbezirke Köslin und Frankfurt a. d. O. Ferner wird Preußen auch noch weitere Teile der Provinz Niederschlesien und die Grenzkreise des Regierungsbezirks Schlesien bedenken. Für die Zwecke dieser Hilfsaktion steht aus Etatsmitteln des Reiches ein Betrag von 8,5 Mill. M. und aus Etatsmitteln Preußens ein Betrag von 10 Mill. M. zur Verfügung. Davon sollen jedoch zunächst nur rund 10 Mill. M. zur Ausschüttung gelangen. Der Rest wird zur Veräußerung des Zusammenbruchs notleidender Kommunen und für anderweitige Hilfe, die sich etwa während des Herbstes und des kommenden Winters noch ereignen können, einhalten zurückgehalten. Für Wege- und Brückenbauten werden etwa 4,2 Mill. M. zur Verfügung gestellt. Kleinbahnbauten und Verbesserungen bestehender Kleinbahnen sollen mit etwa 1,3 Mill. M. unterstützt werden. Für Kanalisationen und Wasserleistungen ist rund 1 Mill. M. vorgesehen. Für Krankenhäuserbauten und -umbauten, für Errichtung von Säuglingsheimen, Altersheimen, Kinderkrippen und Wohlfahrtsheimen werden etwa 2 Mill. M. aufgewandt. Auf Schulbauten entfallen rund 900 000 M. Außerdem sollen durch Herabgabe von insgesamt 600 000 M. noch Verkehrsunternehmungen und sonstige Zwecke gefördert werden.

Dieser Verteilungsplan ist in enger Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Reichs- und preußischen Ressorts auf Grund der Vorschläge aufgestellt worden, welche die Reichs- und preußischen Oberpräsidenten der Grenzprovinzen gemacht haben. Die erforderlichen Anweisungen sind bereits ergangen. Mit den geplanten Arbeiten soll sofort begonnen werden, da die bereitgestellten Mittel schon in



Von der Hanfetagung des Deutschen Ostbundes in Hamburg.

Kleinere Gruppe der großen Teilnehmerzahl am Dampferausflug nach Lüneburg-Dahlen an Bord der „Hansa“.

den nächsten Tagen angefordert werden dürfen. Vor allem sollen diejenigen Arbeiten mit besonderer Eile in Angriff genommen werden, bei denen eine größere Zahl Erwerbsloser beschäftigt werden kann. Das im Grenzgebiet heimische Handwerk und die Zuhilfenahme der Grenzprovinzen sollen dadurch alsbald Aufträge und Verdienstmöglichkeiten erhalten, über Einheiten des Programms werden die unteren Verwaltungsbörden (Landräte und Oberbürgermeister) demnachst das Erforderliche bekanntgeben. Alle Anfragen sind an diese Stellen zu richten.

Eine Million für die Grenzmark Polen-Westpreußen.

Aus diesen etatsmäßigen Mitteln für die Grenzprovinzen entfällt auf die Grenzmark Polen-Westpreußen rund eine Million. Hieraus sind 1.000.000 M. für die Grenzmark Polen-Westpreußen, davon 100.000 M. für den Ausbau der Stomener Chaussees, Schneidemühl-Schlesien 100.000 M. für die Schleibahn von Kreis D. Krone, 78.000 M. für den Ausbau von Neu-Ventischen; 80.000 M. rund für Wohlfahrts- und kulturelle Zwecke (Unterstützung karitativer Verbände und Einrichtungen, Krankenhäuser, Wäbereiwerkstätten usw.); 70.000 M. rund für landwirtschaftliche Zwecke.

Von den Mitteln für landwirtschaftliche Zwecke entfällt, dem Reich zufolge, ein erheblicher Teil auf den Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen in Preußen usw. Durch die Bereitstellung von 78.000 M. für Neu-Ventischen dürfte jetzt wahrscheinlich die Ausgestaltung Neu-Ventischen zu einer selbständigen Gemeinde, wie sie bereits seit langem angestrebt wurde, gesichert sein. Die Mittel für Wege- und Schullandbau verteilen sich auf die Kreise ziemlich gleichmäßig. Der Kreis D. Krone erhält allerdings keine besonderen Mittel für Chausseebauten, da auf diesen Kreis bereits 100.000 M. für das Westpreußen- und Schleibahn-System der Kleinbahnen entfallen. Ebenfalls erhält der Kreis Metzsch für Straßenbauten keine besonderen Zuwendungen, da dieser Kreis mit den 78.000 M. für Neu-Ventischen Berücksichtigung findet. Die kleineren Kreise Bomm und Straußtal erhalten etwas geringere Beträge als die größeren Kreise Schlochau, Slatom und Regelske.

Bei der Bereitstellung dieser Mittel ist erster Linie darauf gedrungen worden, daß die Erwerbslosen Beschäftigung finden. In den Bedingungen für die Bereitstellung der Mittel heißt es u. a., daß mit der Ausübung der Maßnahmen sofort begonnen werden muß. Eine neue jährliche Meldung der Kreise darf nicht eintreten. Die in Aussicht genommene Beihilfe wird nur unter der Voraussetzung zur Verfügung gestellt, daß die Ausübung der von den Gemeindevorständen auszusprechenden Befehle baustellenmäßig unbedingt sichergestellt sind. Bei der Ausübung von Arbeiten mit Mitteln der Grenzbeihilfe sollen nach Möglichkeit nur inländische Bauhelfer verwendet sowie ortsansässige Unternehmer bevorzugt werden. Die Arbeiten sollen mit Beschleunigung in Angriff genommen werden, damit schon in diesem Monat eine Wirkung der Reichsbeihilfe in Erscheinung tritt. Die Mittel werden außerdem als vorläufiger Zuschuß baustellenmäßig und bedingungslos zur Verfügung gestellt.

Mitteilungen über die Mittel, die den anderen Grenzprovinzen zugesandt sind und über ihre geplante Verwendung behalten wir uns vor.

Die Offshilfe.

Die Offshilfe in Tätigkeit.

Am 14. August 1933: Die durch Erlass des Reichspräsidenten vom 14. August 1933: Reichsgesetzblatt 1930, Teil I, Seite 435: errichtete Offshilfe hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Die Geschäftsstäume befinden sich vorläufig in Berlin 19, Leipziger Platz 17. Die Einrichtung der Landstellen in Königsberg (Ostpr.), Köslin, Schneidemühl, Breslau und Oppeln steht für den 10. September in Aussicht. Die Kommissare entscheiden in den Angelegenheiten der Umsiedlung, Betriebsicherung und Zinsrückzahlung usw. Selbständige Einzelanträge sind daher nicht an die Offshilfe Berlin zu richten.

Für die Geschäftstätigkeit der Landstellen

hat die Offshilfe inzwischen im Zusammenhang mit der durch Verordnung der Reichsregierung auf den 10. September festgelegten Beginn folgende Regelung der personellen und organisatorischen Fragen vorgenommen:

Der Stellvertreter der Ministerialrats Müller als Leiter der Landstelle Königsberg ist der Regierungsrat beim Landesfinanzamt Königsberg, Lorenz, zum Stellvertreter des Leiters der Landstelle Köslin v. Demich der Direktor bei der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse Schmidt, zum Stellvertreter des Ministerialrats Frankenhof als Leiter der Landstelle Schneidemühl der Leiter des Finanzamts Schlochau Regierungsrat Wengisch, zum Stellvertreter des Regierungsrats Regierungsrat Schwanitz als Leiter der Landstelle Breslau der Regierungsrat beim Oberpräsidium Dr. Müller-Cremer befehligt werden.

Jeder Landstelle wird ein Beirat angegliedert, der sich aus dem zuständigen Oberpräsidenten, dem Landesfinanzamtspräsidenten, dem Landesbauplaner, dem Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, einem Vertreter der Industrie und Handelskammer, einem Vertreter der Bauwerkvereine aus der bis fünf Komitern, zwei bis vier Vertretern der landwirtschaftlichen Kreditinstitute und zwei Bauernvereine und wird unter Aufsicht der Oberpräsidenten in Königsberg. Die Mitglieder des Beirats werden von dem Kommissar für die Offshilfe berufen, wobei die Vorschläge der vertretenen Interessengruppen auszuwählen sind. Der Kommissar für die Offshilfe muß den Beirat in

regelmäßigen Sitzabständen über die Entwicklung und den Stand der bei der Landstelle anhängig gewordenen Verfahren unterrichten. In Form von Gutachten äußert sich der Beirat über die gebührende Verteilung der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Offshilfe hat sich als landwirtschaftlich-Vertriebsamtlich-Abteilung eingerichtet. Sie nimmt die im Rahmen der Offshilfe erforderlichen Prüfungen der landwirtschaftlichen Betriebe vor. Die Leitung dieser Abteilung wird landwirtschaftlichen Sachverständigen übertragen, die bisher bei der so viel besetzten Betriebsamtlichen Abteilung der Preussischen Ostpr. und Westpr. in Königsberg, dem Ostpr. Landrat Dr. Steding, im Reichsamt für Ostpr. Landrat Jörner, in Schneidemühl dem landwirtschaftlichen Sachverständigen von der Deken (gleichzeitig als Vertreter des Landstellenamts für den Bereich der Landwirtschaftlich-Vertriebsamtlichen Abteilung), in Breslau dem Dipl.-Landrat Dr. Jagendorf.

Dem Leiter der Landstelle Köslin wird zur beratenden Mitwirkung bei den Fragen der landwirtschaftlichen Betriebsamtlichen Prüfung der Rittergüter Professor von Bronckart, Marienburg, beigegeben. Es wird erzwungen, eine entsprechende Regelung auch für die übrigen Landstellen zu treffen.

Die Betriebsprüfungen werden durch hauptsächlich bei der Landstelle eingestellte Landwirte vorgenommen. Bei der Einstellung werden solche Landwirte bevorzugt berücksichtigt, die in betriebs- und landwirtschaftlichen Fragen erfahren und fähig sind mit den örtlichen Verhältnissen vertraut zu sein.

Die „Voll. Stg.“ bemerkt in Nr. 420: „Durch diese Regelung ist der notwendige Einfluß der Kreditinstitute auf die Betriebskontrolle in objektiver Weise sichergestellt worden. Vor allem besteht so die Möglichkeit, der Subventionsberechtigung lokaler Stellen im Interesse der Gesamtwirtschaft der Aktion einen Regel vorzulegen. Vor allem aber ist erreicht, daß der von den Kreditinstituten erwartete Einfluß auf die Verwendung der Gelder mit den Pflichten der Kreditinstitute zur Überwachung ihrer Verwendung in Einklang gebracht ist.“

Beschwerde der Ostlandbünde.

Die Vertreter der Ostlandbünde Ostpreußen, Pommern, Grenzmark Polen-Westpreußen, Brandenburg, Nieder- und Oberpommern haben dagegen von einer in Berlin abgehaltenen Vertretertagung einen Brief an den Reichskanzler gerichtet, in dem der schwersten Enttäuschung über die Verzögerung zur Durchführung der Offshilfe Ausdruck gegeben wird. Die Reichsregierung habe es bisher nicht für nötig gehalten, mit den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen wegen der einflussreichen Tätigkeit zu nehmen. „Wir verlangen“, so heißt es u. a., „aktive Einfließen und positive Mitarbeit. Die vorgesehene Regelung lehnen wir ab. Ausgeschlossen geben wir unseren künftigen Vertretern darüber Ausdruck, daß die landwirtschaftliche Landwirtschaft den Arbeitnehmern gegenüber durch ihre freien Organisationen benannt werden dürfen, während die der Landwirtschaft verlagert wird.“ Das Vertrauen zur Offshilfe, so heißt es zum Schluß, sei erschüttert, da die preussische Regierung es verstanden habe, entgegen dem klar ausgesprochenen Willen des Herrn Reichspräsidenten ihre Tendenzen der Reichsregierung aufzupumpen.

Reichskanzler Dr. Brüning hatte wohl dieses Schreiben im Auge, als er in seiner Rede, die er am 9. September in einer großen Zentrumsversammlung im Berliner Sportplatz hielt, sich gegen die Verbreitung einer Panikstimmung im Osten wandte, die hauptsächlich deshalb hervorgerufen werde, weil die Reichsregierung, die endlich eine großzügige Offshilfe geschaffen habe, sich wegen der Durchführung mit Preußen geeinigt habe, ohne das es nicht entfernt die Summe der Offshilfe hätte berechnen können, die nun dem Osten zugute kommen sollten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ wünscht, daß der Reichskanzler dem Empfinden Beachtung schenken möge. Andererseits weist sie aber auf die Zerstörung des Reichsverbandsamtsleiters Dr. Schiele vom 16. August, daß das Reichsverbandsamtleiters noch wie vor besteht und in der Lage steht, die Interessen der Landwirtschaft auch in der Offshilfe zur Geltung zu bringen und daß bei Revisionsverfahren zwischen dem Reich und Preußen der Reichskanzler nach Vorzeichen mit dem preussischen Ministerpräsidenten die Entscheidung zu treffen hat. „Am betont das Blatt, daß die zu Provinzialkommissionen ernannten Männer, in deren Hand die Entscheidung liegt, durchweg Vertrauen verdienen. Aus diesem Grunde vermeidet es das Blatt, wie es hervorhebt, auf die Angelegenheit näher einzugehen.“

Winnenschaft und Offshilfe.

In den Kreisen der ostpreussischen Winnenschaft besteht vielfach Unklarheit darüber, ob und inwieweit sie an der Realisierung der Offshilfe Anteil haben. Die Ansicht, daß den ostpreussischen Winnenschaftsmännern einmündige Zuwendungen in Form von Unterstützungen oder anderen Zuschüssen gegeben werden können, ist irrig. Für Beihilfen solcher Art sind keinerlei Mittel zur Verfügung gestellt. Die von Reich und Staat verweigert genannten Gelder sind lediglich zur Vergütung als Darlehen aus dem Reichsamt für Ostpr. Landrat bereit gestellt und werden unter Aufsicht der Oberpräsidenten in Königsberg von der Ostpreussischen Winnenschaft-Kredit-Gesellschaft e. G. b. H. in Königsberg, Magisterstr. 57, bewirtschaftet, an die etwaige Anträge zu richten sind.

Der Vollstreckungsschutz im Osten.

Nach dem Dritten Abschnitt (Osthilfe) der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1933 (G. Bl. I S. 311) sind Maßnahmen zur Verhütung der Not vorgesehen, in welche die Gebiete des Ostens insbesondere durch die neue Grenzziehung geraten sind. Die in der Notverordnung vorgesehenen Maßnahmen sind nur dazu bestimmt, der dringenden Not einzuwirken zu steuern. Die endgültige Regelung der Osthilfe wird durch ein besonderes Gesetz erfolgen, welches dem neu zu wählenden Reichstag alsbald zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll.

Als Hilfsmittel zum Grund der Notverordnung sind bekanntlich im einzelnen vorgegeben: die Vereinfachung von Kreditmitteln zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung und die Gewährung von Darlehen für die Umschuldung landwirtschaftlicher, forstwirtschaftlicher, gärtnerischer oder fishereiwirtschaftlicher Betriebe. Die Durchführung dieser Hilfsmittelmaßnahmen soll durch die Verbände erfolgen.

Um die Anwendung der in der Notverordnung vorgesehenen Hilfsmittelmaßnahmen zu ermöglichen, ist im 2. Titel des Dritten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten vorgegeben, daß den für eine Umschuldung in Frage kommenden Betrieben unter bestimmten Voraussetzungen von dem Amtsgericht Vollstreckungsschutz gewährt werden kann.

Aus den Bestimmungen über den Vollstreckungsschutz

ist folgendes hervorzuheben: Der Vollstreckungsschutz kann nur dem Eigentümer oder Pächter eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betriebes bewährt werden. Gefühle um Erwirkung des Vollstreckungsschutzes sind daher zwecklos, wenn der Geschäftsführer nicht Inhaber oder Pächter eines Betriebes der besprochenen Art ist. So kann z. B. für Gewerbebetriebe der Vollstreckungsschutz nicht bewilligt werden.

Voraussetzung für die Bewilligung des Vollstreckungsschutzes ist ferner, daß eine Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen (landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzte Grundstücke) oder in das bewegliche Vermögen (landwirtschaftliche u. a. Erzeugnisse, Vieh, landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und dergleichen) des Geschäftsführers beabsichtigt worden ist. Es muß also ein Beschluß nach Abschluß bei der Zwangsvollstreckung in Grundstücke) oder eine Pfändung (bei der Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen) vorliegen. Dagegen ist nicht erforderlich, daß ein Versteigerungstermin bereits festgesetzt ist. Vollstreckungsschutz darf nicht gewährt werden bei Vollstreckungen wegen gesetzlicher Unterhaltungsansprüche von Verwandten und wegen Forderungen der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte des betroffenen Betriebes, sowie bei Vollstreckungen aus Ansprüchen, die seit dem 28. Juli 1933 entstanden sind. Die Bewilligung des Vollstreckungsschutzes ist ferner unzulässig, wenn ein Konkursverfahren oder ein gerichtliches Vergleichsverfahren über das Vermögen des Schuldners eröffnet ist.

Die Dauer des Vollstreckungsschutzes ist in der Notverordnung auf drei Monate bemessen. Es ist jedoch anzuwenden, daß in der endgültigen Osthilfe eine Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes eintritt. (V. Red.) Im besonderen Fällen kann eine Verlängerung des Vollstreckungsschutzes, jedoch nicht über den 31. Dezember 1933 hinaus, bewilligt werden.

Anträge auf Bewilligung des Vollstreckungsschutzes können nur bis zum 31. Oktober 1933 gestellt werden. Berechtigt zur Stellung des Antrages auf Bewilligung bzw. Verlängerung des Vollstreckungsschutzes ist nicht der Inhaber des von einer Zwangsvollstreckung betroffenen Betriebes, sondern der Geschäftsführer. Der Beginn der Geschäftsführung der Verbände sind die Oberpräsidenten zur Stellung von Anträgen auf Vollstreckungsschutz berechtigt. Gefühle um Erwirkung des Vollstreckungsschutzes sind von den Inhabern der von einer Vollstreckungsmaßnahme betroffenen Betriebe unter Ausfüllung eines amtlichen Vordruckes und eines Betriebsfragebogens bei dem zuständigen Landrat bzw. Oberbürgermeister anzureichen. Die Vordrucke werden bei den bezeichneten Dienststellen vorrätig gehalten.

Die Landstelle (bzw. der Oberpräsident) kann die Bewilligung des Vollstreckungsschutzes bei dem Amtsgericht nur beantragen, wenn nach ihrer Auffassung folgende Bedingungen erfüllt sind:

a) Der von der Zwangsvollstreckung betroffene Betrieb muß infolge seiner Verschuldungslage, unter Berücksichtigung der sonstigen Vermögensverhältnisse des Inhabers, in seinem Bestande gefährdet sein.

b) Die Vertretung des Niederbruchs des Betriebes muß sowohl im Interesse des Schuldners als auch seiner Gläubiger liegen.

c) Der Schuldner muß bei der Landstelle (bzw. beim Oberpräsidenten) einen Antrag auf Herbeiführung eines außergerichtlichen Vergleichs stellen.

d) Der Vollstreckungsschutz muß notwendig und geeignet sein, zu seiner im Interesse sowohl des Schuldners als auch seiner Gläubiger liegenden, die Fortführung des Betriebes sicheren Schuldenerregung zu führen; es muß ferner die Aussicht bestehen, eine derartige Schuldenerregung bei Bewahrung des Vollstreckungsschutzes herbeizuführen.

e) Der Schuldner muß für die Dauer des beantragten Vollstreckungsschutzes seinen Betrieb der Überwachung durch einen von der Landstelle anerkannten Vertrauensmann unterstellen.

Von besonderer Wichtigkeit ist die zuletzt erwähnte Bedingung, daß

der Betrieb während der Dauer des Vollstreckungsschutzes der Überwachung durch einen Vertrauensmann unterstellt werden muß.

Im Interesse der Befriedigung des Verfallses ist den Gläubigern dringend zu empfehlen, daß sie ihre Wünsche und Vorschläge über die Person des Vertrauensmannes schon bei Ausfüllung des Gesuches dem Landrat bzw. Oberbürgermeister unterbreiten.

Die Bewilligung des Vollstreckungsschutzes hat die Wirkung, daß während seiner Dauer

1. die Entschädigung über einen Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens oder eines gerichtlichen Vergleichsverfahrens ausgeht ist,

2. bezüglich der dem Betriebe des Schuldners dienenden landwirtschaftlich, forstwirtschaftlich oder gärtnerisch genutzten Grundstücke, ihrer Erzeugnisse, ihres Viehs, ihrer landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und ihres Vermögens

a) Versteigerungen nicht stattfinden und Versteigerungstermine nicht anberaumt werden dürfen,

b) vor Bewilligung des Vollstreckungsschutzes anberaumte Versteigerungstermine auszuführen sind,

c) Zwangsvollstreckungen zur Erwirkung der Herausgabe von beweglichen Sachen nicht vorgenommen werden dürfen, soweit diese Subjekte der dem Betriebe dienenden Grundstücke sind.

In den zu 2. genannten Fällen gilt das Zwangsvollstreckungsverfahren als einstweilen eingestellt.

Dagegen bleiben die vor Bewilligung des Vollstreckungsschutzes erfolgten Vollstreckungsmittel (Pfändungen) als solche bestehen; der Schuldner, der während der Bewilligung des Vollstreckungsschutzes das Verfügensrecht über die Pfändungsbüchse nicht zurückgibt, wird die vor Bewilligung des Vollstreckungsschutzes zugewiesenen Gläubiger etwa bestellten Sicherheiten (Verpfändungen, Sicherungsübereignungen von Inventar und Entsorgung) sowie etwa bestehende Eigentumsverhältnisse an Maschinen usw. werden in ihrer Wirksamkeit durch den Vollstreckungsschutz nicht beeinträchtigt.

Stand das Grundstück vor der Bewilligung des Vollstreckungsschutzes unter Zwangsverwaltung, so tritt hierdurch der Vollstreckungsschutz gleichfalls keine Änderung ein.

Die Befugnisse des Zwangsverwalters bleiben unberührt bestehen. Seine um Erwirkung des Vollstreckungsschutzes soll also gewirkt, wenn es möglich ist, werden, eine bereits bestehende Zwangsverwaltung zu befestigen.

Für die Gläubiger treten durch die Bewilligung des Vollstreckungsschutzes, mit Ausnahme der Verzögerung der Zwangsvollstreckung, Rechtsnachteile nicht ein. Somit sind den gesetzlichen Vorschriften an dem Ablauf einer Frist Rechtsnachteile für die Gläubiger geknüpft sind, wird in diese Frist die Zeit nicht eingerechnet, während der ein Vollstreckungsschutz bewilligt ist.

Der vom Amtsgericht bewilligte Vollstreckungsschutz ist auf Antrag der Landstelle wieder aufzuheben, wenn die für seine Bewilligung maßgebenden Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind.

Gegen die Entscheidung des Amtsgerichts, durch die ein Antrag auf Bewilligung oder Verlängerung des Vollstreckungsschutzes abgelehnt wird, steht nur der Landstelle das Recht zur sofortigen Beschwerde in 2. Instanz. Gegen eine Entscheidung des Gerichts, durch die dem Antrag auf Bewilligung oder Verlängerung des Vollstreckungsschutzes stattgegeben wird, sind Rechtsmittel nicht gegeben.

Anträge auf Umschuldung

zu stellen hat zurzeit noch keinen Zweck, da die Bestimmungen nicht bekannt sind. Es wird jedoch denjenigen, die diesen Antrag später zu stellen beabsichtigen, empfohlen, sich bereits jetzt die erforderlichen Unterlagen zu beschaffen und bereit zu halten. Es sind dies: Aussage aus der Grundsteuerunterlagen und Gebäudesteuerrollen (beim zuständigen Katasteramt erhältlich), aktuelle vollständige Abschrift des Grundbuchblattes (beim zuständigen Amtsgericht erhältlich), Versicherungsschein über die Versicherung der Gebäude und des Inventars gegen Brandschaden und der Selbstbrände gegen Hagelschaden, Versicherung des Inventars über den berichtigten Wertbeizugs und Einzelwert des Grundbuches. Es sind ferner eine vorhandene Wertkarte, der letzte Kaufvertrag und ein Verzeichnis der umzuschuldenden Verbindlichkeiten einzureichen.

Über die Ostfragen unterrichtet

laufend an der „Ostland“ in weitestgehendem Maße. Es ist die verbreitetste und einflussreichste Wochenchrift des Ostens. Jeder Ostmarkte muß sie darum als Heimatblatt lesen und in ihrem Kampf für die Ostmarkte unterstützen. Alle Reichstagsmänner können jedoch bei jeder Polstung und bei uns aufgegeben werden. Der Tagespreis beträgt bei durchschnittlich 20 Seiten Umfang je Nummer vierteljährlich nur 1,50 M. (ohne Postgeld), für September 50 Pf.

Zur Hanfsetagung des Deutschen Ostbundes in Hamburg.

Weitere Festgrüße und Zuschriften.

Indem ich bedaure, wegen meiner Urlaubsreise an der Teilnahme verhindert zu sein, wünsche ich den Verhandlungen einen guten Erfolg für die Sache des Ostbundes.

J. S. Beck, Staatsminister a. D.

Meine besten Wünsche begleiten die Hanfsetagung des Ostbundes. Ich bin wegen Wabarbeit zu meinem liebsten Bedauern genötigt, auf die Beteiligung zu verzichten.

von Rries.

1. Vizepräsident des Preussischen Landtages.

Da ich an sämtlichen in Frage kommenden Tagen durch Wahlkündgebunden und Veranlassungen für die bevorstehende Reichstagswahl bereits befaßt bin, gestalte ich mir, der Tagung recht guten Besuch und erhebenden Verlauf zu wünschen.

Caporizzi.

... Meine Tätigkeit im Wahlkampf für die Ostbunde und damit für diejenige der Reichseinheit hält mich leider fern. Sagen Sie bitte der Tagung meine anhänglichen Grüße.

Dr. h. c. Franz Schiffan, M. d. B.

Vorsitzender des landwirtschaftlichen Reichsausschusses der Deutschen Volkspartei.

Bedauerns außerordentlich, an der so wichtigen Tagung leider nicht teilnehmen zu können. Ich wünsche der Tagung einen vollen Erfolg.

Frau Clara Mend.

Zu meinem großen Bedauern ist es mir nicht möglich, an der Tagung teilzunehmen, da ich am 20. August eine Geschäftsreise antreten muß, von welcher ich erst Anfang September zurückkomme. Ich wünsche der Veranstaltung einen recht schönen Verlauf.

Julius Berger, Kommerzienrat.

Der Hanfsetagung des Deutschen Ostbundes wünscht im ostdeutschen und gesamtdeutschen Interesse der Tagung das Beste und einen glücklichen Verlauf. Dr. von Vossch wird zu der Tagung eintreffen.

Wir gestatten uns, Ihrer Tagung einen erfolgreichen Verlauf zu wünschen. Mit deutschem Gruß

Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin.

Für die Überleitung der außerordentlich interessanten Festnummer, die Sie zur Hanfsetagung des Deutschen Ostbundes in Hamburg herausgegeben haben, sagen wir Ihnen unseren verbindlichsten Dank mit der Versicherung, daß wir auch fernerhin die bisher Ihre Bestrebungen gerne unterstützen werden.

Die Verbandsleitung des „Soar-Vereins“, Wögel.

Hierdurch spreche ich mein Bedauern aus, daß ich durch die Einweihung einer neu erbauten Kirche verhindert bin, den Versammlungen, die Sie am Sonnabend und Sonntag abhalten werden, beizumohnen, was ich sonst gern getan hätte. Ich wünsche Ihrer Tagung und Ihrem Wirken überall einen recht wirksamen Erfolg.

Horn.

Senior der Evangelisch-lutherischen Kirche in Hamburgischen Staats.

Möge Ihrer Veranstaltung ein guter Erfolg beschieden sein.

Reichszentrale für Heimatdienst, Zentralleitung, Berlin.

Leider ist es mir nicht möglich, an der Tagung teilzunehmen. Ich wünsche ihr einen recht guten Verlauf.

Professor Dr. Wunderlich, Stuttgart.

Leider an Teilnahme verhindert, sende herzlich Glückwünsche für Ihre Tagung.

Schiffen, Berlin.

Zu meinem Bedauern bin ich an der Teilnahme verhindert. Ich wünsche dem Bunde vollen Erfolg seiner Tagung mit gutem Verlauf.

Künzler, Oberbürgermeister a. D.

Die herzlichsten Glückwünsche und frohen Verläufe Ortsgruppe Breslau.

Wie Weltland frei am deutschen Rhein,
Muß frei auch Deutschlands Ostmark sein
Ostbundesgruppe Rassel.

Weitere Pressestimmen.

Zu dem gedragten Überblick über die Stellungnahme der Hamburger Zeitungen zur Hanfsetagung des Deutschen Ostbundes in der letzten Nummer unseres Blattes seien noch folgende Einseitigkeiten nachgetragen:

Der „Hamburgische Korrespondent“ überschreibt seinen ersten größeren Bericht über unsere Tagung in seiner Nummer vom 23. August

„Die Stiefkinder des Reiches“

was sich hauptsächlich auf die schlechte Behandlung der Liquidationsgeschädigten und Verdrängten in der Entschädigungsfrage bezieht. Die Zeitung hat damit eine Verzeichnung für die Verdrängten aufzunehmen, die bekanntlich der Hamburger Abgeordnete Dauch geprägt hat. In der Ausgabe vom 23. August nennt das Blatt den ostmärkischen Heimatabend den „gesellschaftlichen Höhepunkt der Tagung“. Unter der Überschrift „Frauentee des Deutschen Ostbundes“ spricht das Blatt in seiner Ausgabe vom 23. August u. a. von „äußerst zahlreich erschienenen Gästen“, von „lebhafter Anteilnahme und laut geäußelter Zustimmung aller Anwesenden zu den Vorträgen der Frau Dr. Spohr“ und betont schließlich den „sehr starken Eindruck“ der Veranlassung. Über die Tagung im Carlshaus bemerkt das Blatt, daß es „eine aus allen Schichten der Bevölkerung stark besetzte öffentliche Ostbundesgebung“ war und daß in ihr „die Bedeutung der Ostfragen für die Zukunft, die Verbindung der ostdeutschen Interessen des Ostens mit denen der Westkonstante eine vielseitige Beleuchtung erfahren“.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ brachte neben vielen anderen Berichten und Aufsätzen in der Nummer vom 22. August einen Artikel „Gedenket der Ostmark!“ aus der Feder des Herrn Kammerdirektors J. D. Dr. Hoffmeister.

Die „Hamburger Nachrichten“ bringen unterm 23. August, nachdem sie allen Veranlassungen sehr eingehende Berichte gewidmet hatten, einen Bericht über die Gedächtnisfeier in Friedrichsruh in gelipertem Druck und geben zum Schluß ganz besonders die Widmung auf den Schleien des Reiches, den der Ostbund am Grabe Bismarcks hat niederrufen lassen, hervor. (S. „Ostland“ Nr. 35.)

Die „Deutsche Zeitung“ (Nr. 197 b) brachte unter ausdrücklichem Hinweis auf unsere Ostbundesgebung einen Leitartikel unter der Überschrift „Das Ringen im Osten“.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte außer den Berichten über die Tagung eine besonders wohlwollende Beschreibung der mit unserer Tagung in Hamburg verbundenen ostmärkischen Ausstellung.

Die „Vossische Zeitung“ bespricht anerkennend die Ostland-Festnummer zur Tagung, betonend, daß sie „wertvolle Beiträge zum Ostproblem enthält“.

Der „Vögländische Anzeiger“ (Plauen) berichtet in Nr. 196 eingehend über die Selbstbeteiligungsveranstaltung sowie über die anderen Veranlassungen, indem er die dabei abgelesenen Bekanntnisse zur Ostmark vielfach in Zeitdruck bringt.

Der „Eibacher Generalanzeiger“ enthält in verschiedenen Nummern eingehende Berichte über die Tagung und hebt in Nr. 197 besonders auch die Wiederkehrsfest der Stenotypennoten hervor.

In der „Pommersche Gesellschafter“ veröffentlichte unser Mitglied Altenberg-Stein, der als Vertreter des Landesverbandes Vorpommern an der Tagung teilgenommen hat, einen sehr warm gehaltenen Artikel über den gesamten Verlauf der Tagung.

Das „Sraner Kaptblatt“ veröffentlicht in Nr. 197 einen eingehenden Bericht über die Entschädigungsveranstaltung und in den nächsten Nummern Berichte über die anderen Veranlassungen.

Der „Gefellig“ (Schwedenmühl) berichtet über die Tagung eingehend unter der Überschrift „Die Verbundenheit zwischen Osten und Norden“.

Die „Frankfurter Ober-Zeitung“ brachte den Bericht über die Tagung in großer Aufmerksamkeit.

Die Berichte der großen Telegraphenbüros, die auf der Tagung vertreten waren, insbesondere des Vossischen Telegraphenbüro und der Telegraphen-Union sind von vielen Lesenden deutscher Zeitungen im ganzen Reich abgedruckt worden, so daß der große Erfolg der Hamburger Tagung in die weite Öffentlichkeit getragen worden ist.

Unsere Festnummer

hat nicht nur bei den Teilnehmern großen Anklang gefunden, sondern ist auch in der Presse sowohl in Hamburg als in Berlin und im Reich sehr wohlwollend beurteilt worden. So schreibt beispielsweise der „Hofstädter Anzeiger“, daß sie „wertvolle Beiträge über das gesamte Ostproblem in reicher Fülle“ bringt. Weiter schreibt das Blatt: „Vorangeschickt sind Aufzählungen führender Persönlichkeiten des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens, die gerade in dieser Zeit wachsender Anteilnahme an dem Lebensfragen der deutschen Ostmark“.

Die Arbeitsgemeinschaft der Interessensvertretungen für den Ersatz von Kriegs- und Verdrängungsschäden" veröffentlicht in der Presse folgende Erklärung:

Die Arbeitsgemeinschaft vertritt in allen programmatischen Äußerungen von Mitgliedern der Reichsregierung wie auch in allen Rundgebungen der politischen Parteien in den bevorstehenden Reichstagswahlen die Forderung einer beschleunigten und billigen Realisierung der Ersatzleistungen für die Kriegsschäden, Verdrängungsschäden. Die Liquidationsbeschäftigten haben mit ihrem von den fremden Regierungen beschlagnahmten Vermögen, die verdrängten Grenzlands-, Kolonial- und Auslandsdeutschen mit dem Verlust von Heim und Herd, Berufsstellung und Habe meist über die Kriegskosten der Volksgemeinschaft im Binnenlande hinaus für Volk und Reich die ersten und schwersten Opfer gebracht. Den Kriegsschadensbeschädigten, die im Sommer 1928, das unter dem Druck der damals bevorstehenden Auflösung des Reichstags von der Reichsregierung aufgenommen wurde, ist dem Reichstag selbst nicht als Schlussgehalt angesehen worden. An einer Entschädigung hat der Reichstag die Reichsregierung erlaubt, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um bei der Entgeltung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands Mittel zu weiteren Entschädigungen frei zu machen. Obgleich bei der Veranlassung der Jahresrechnung von der Sachverständigen bei der Pariser Konferenz auch die Entschädigungsverpflichtungen des Reichs in Berücksichtigung gezogen wurden, hat die Regierung bisher nichts getan, um dem Erlahmen des früheren Reichstags nachzukommen. Sie hat vielmehr durch weiteren Verzicht auf Freigabe beschlagnahmten deutschen Eigentums und Herauszahlung der Überschüsse aus den Vermögenserlösen den Geschädigten der Allgemeinheit nur Opfer aufbürden und auch der eben aufgelöste Reichstag hat nichts getan, um der einmütigen Willenskundgebung seines Vorgängers Nachdruck zu verschaffen. Die „Arbeitsgemeinschaft“ verlangt mit allem Nachdruck, daß der neue Reichstag bei der geplanten großen Finanzreform auch

die Entschädigungsfragen einkündig in beschleunigter Weise regelt, damit auch dieser Teil von Kriegsschaden aus der öffentlichen Erörterung verschwinde. Die „Arbeitsgemeinschaft“ fordert von den politischen Parteien, welche ihrer Verantwortung für Recht und Billigkeit und für den gesunden Wiederaufbau des deutschen Volks- und Wirtschaftslebens sich bewußt sind, Anerkennung ihrer bekannten, als maßgebend und vernünftig bezeichneten Forderungen und Verpflichtung ihrer Kandidaten aus Erklärungen, die sie während des nicht nur als Vertreterin der Geschädigten, sondern auch im Bewußtsein ihrer Mitverantwortung für den Bestand des Reichsstaates, dessen Grundlagen durch fremden Raub und deutsche Preisgabe privaten Eigentums aus ernstliche erschüttert sind.

Deutscher Ostbund. — Bund der Auslandsdeutschen. — Freie Interessengruppen der Auslands- und geschädigten Auslandsdeutschen. — Ausschuss für die Elbe-Vorbringer der Reichsverband der Kolonialdeutschen und Kolonialinteressierten. — Verein „Wiederaufbau im Auslande“. — Vereinte Verbände heimattreuer Oberfließen.

Ostmarker als Reichstagskandidaten.

(Berliner „Stimme“ Nr. 31.)

Frau Polizeirat Schneider in Hamburg, die Vorsitzende des Frauenbundes der Ortsgruppe Groß-Hamburg des Deutschen Ostbundes, ist von der Deutschen Staatspartei als Reichstagskandidatin aufgestellt worden.

Spitzenkandidat der Deutschen Staatspartei in Ostpreußen ist Oberpräsident Sieht in Königsberg i. Pr.

Die an der Entschädigungsfrage beteiligten Ostmarker will es interessieren, daß die Vorkämpfer für die Realisierung der Entschädigungsfragen Dr. Bruno Weißl-Berlin, der bei den öffentlichen Rundgebungen der Arbeitsgemeinschaft der großen Geschädigtenverbände in Berlin wiederholt gesprochen hat — auch bei der letzten —, von der Deutschen Staatspartei als Reichstagskandidat aufgestellt worden ist.

Der Tscheche Bata dringt in Oberschlesien ein.

Konferenz im Preussischen Handelsministerium.

Die Ansicht der preussischen Staatsregierung, dem tschechischen Schuhfabrikanten Bata hin, seinem im Reich eingetragenen Unternehmen umfangreiches Gelände in Oberschlesien zur Errichtung einer tschechischen Schuhfabrik zu verkaufen, hat in der deutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt und die betroffenen Wirtschaftskreise zu Vorstellungen bei den zuständigen Behörden veranlaßt. Die Vertreter der in Oberschlesien bestehenden deutschen und tschechischen Verbände einschließlich derjenigen des Handels und des Handwerks hatten Gelegenheit, ihre Auffassungen den Behördenvertretern in einer im Preussischen Handelsministerium abgehaltenen Besprechung vorzutragen. Hierbei wurde zunächst von Seiten der Vertreter der preussischen Staatsregierung erklärt, daß die Meldung, der Kauf wäre bereits erfolgt, unzutreffend sei; bisher liege lediglich ein Vorvertrag vor. Die Wirtschaften ihrer schmerzlichen Bedenken, die sich in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung bei der Verwirklichung des preussischen Vorhabens ergeben würden, in ausführlicher Weise vor. Die Frage, ob steuerliche Vergünstigungen von Seiten des Fiskus gewährt würden, wurde verneint. Die weitere Frage, ob auch eine Gewähr dafür vorhanden sei, daß künftighin von Kreis oder Gemeinde keine Steuererleichterungen gewährt würden, wurde dahin beantwortet, daß dies eine Angelegenheit der Selbstverwaltungsorgane sei.

Das Gerücht, daß der tschechische Unternehmer bereit sei, jolle, tschechische Arbeiter in Höhe von 10 v. H. der jeweiligen Beschäftigung zu beschäftigen, wurde bestätigt. Die Mitteilung sei überaus großes Befremden hervor. Es wurde dem entgegengehalten, daß eine solche Maßnahme unter den heutigen Verhältnissen unverständlich sei und gegenüber der großen nicht nur in Oberschlesien, sondern in ganz Deutschland bestehenden Arbeitslosigkeit von keinem Nutzen sein könne. Von amtlicher Seite wurde nun diese vorerwähnte Vertragsklausel dahin abgemildert, daß die Beschäftigung tschechischer Arbeiter „nur“ für ein Jahr „im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen“ gestattet werden solle. Dieser Einwand wurde damit mitverlegt, daß es keinem deutschen Arbeitgeber in Weßman gestattet werde, einen ausländischen Arbeiter auch nur für einen einzigen Tag zu beschäftigen und daß es deshalb fraglich erscheinen müsse, wenn der preussische Staat zugunsten eines ausländischen Unternehmers durch eine vorerwähnte Grundbesitz die Möglichkeit zu einer Durchbrechung dieses Grundgesetzes gebe.

Weiter wurde von den Wirtschaftskreisen geltend gemacht, daß, wenn auch „nur“ für ein Jahr die Hereinnahme tschechischer Arbeiter gestattet werden solle, hieraus folge, daß für die tschechischen Arbeiter und ihre Angehörigen Kirchen und Schulen errichtet werden müßten, sich auch ein tschechisches Vereinswesen ausbilden werde; die Erklärungen müßten von national-politischen Standpunkte, insbesondere an einer politisch zu gefährdeten Stelle, wie es Oberschlesien ist, die allererstens Bedenken auslösen.

Vom Standes der preussischen Regierungsvertreter, daß durch die Anheftung eines großen Unternehmens in Oberschlesien der dort herrschenden Arbeitslosigkeit begegnet werde, wurde entgegengeworfen, daß bei der Unmöglichkeit, für absehbare Zeit den Schubsen im

Deutschland auszuweichen, die Errichtung einer Schuhfabrik in Oberschlesien zur Stilllegung von Schuhfabriken in anderen Teilen Deutschlands und damit dazu führen würde, daß dort Arbeiterentlassungen vorgenommen würden; das Projekt würde also lediglich zur Folge haben, daß das Volk, das man in Oberschlesien zu einem anderen Stellen wieder aufnahm, dort durch die dort vorhandene Errichtung von Reparaturwerkstätten jenseits des tschechischen Unternehmens das ohnehin schwer eingetragene Schuhmacherhandwerk in seiner Existenz ernstlich bedroht sei.

Gegenüber dem Hinweise der Behördenvertreter, daß der tschechische Unternehmer bezüglich des Erwerbes von Grund und Boden nicht auf den preussischen Fiskus angewiesen sei, sondern sich selbst an den Märkten in Deutschland zum Erwerbe lerne, und daß gerade bei der Veräußerung durch den preussischen Fiskus dieser die Möglichkeit habe, die im allgemeinen Interesse für notwendig erachteten Kaufsummen dem Käufer aufzuliegen, wurde von den Wirtschaftskreisen geltend gemacht, daß, wenn der tschechische Unternehmer trotz angeblich ihm von dritter Seite vorliegender günstiger Angebote und trotz der von preussischer Seite ihm auferlegten besonderen Bedingungen und einschränkenden Kautelen dennoch strebe, gerade das fortwährende Gelände am Kofler Oberbächen zu erwerben, sich hieraus ein ganz besonderes, offenbar noch nicht hinreichend aufgeklärtes Interesse des ausländischen Reflektanten um, seiner Drager Geldgeber ergebe und daß es nicht Aufgabe des Staates sei, ein solches Interesse eines ausländischen Unternehmers zu befriedigen.

Am 10. d. M. in Preussischer Staatsregierung folgende kleine Anfrage des Zentrumsausschusses an den Preussischen Staatsrat:

„Zeitungsnachrichten zufolge soll die preussische Staatsregierung beabsichtigen, den Kofler-Wald an den tschechischen Schuhfabrikanten Bata zur Errichtung einer Schuhfabrik zu verkaufen. Damit würde sich die preussische Staatsregierung in Gegenwart von den vielerlei Anträgen der Zentrumsfraktion stellen, welche einen stärkeren Schutz des deutschen Schuhhandels, des Schuhmacherhandwerks gegen das Schuhmacherhandwerk gegenüber der ausländischen Schuhfabrik forderten. Besonders für unsere gefährdeten schlesischen Gebiete würde sich die Bata-Wiedererfassung geradezu katastrophal auswirken. Auch die Arbeiter müßten bei Bata zu Bedingungen arbeiten, die jenseits dem Lohn als der Arbeitsweise nach für sie fast untragbar sind. Der ortsansässige Handel und das Gewerbe haben von einer Bata-Wiedererfassung kein Vorteil. Da Bata die ganze Schuhfabrikation jenseits der Grenze mit den wichtigsten Lebensbedürfnissen überläßt und die Arbeiter zwingt, nur bei ihm zu kaufen. Schon jetzt macht Bata den Schuhgeschäften und dem Schuhmacherhandwerk in den Grenzgebieten schlimmste Konkurrenz. Hat er einmal eine deutsche Fabrik, so sind die wirtschaftlichen Folgen nicht abzusehen. Es wäre unverständlich, wenn gerade die preussische Staatsregierung zu einer solchen Maßnahme sich Sand binden würde. Ich frage Sie: Sind Sie Zeitungsnachrichten insofern, daß das Staatsministerium bereits eine weitere Verkaufserlaubnis mit den genannten ausländischen Firma sofort abbrechen?“

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenzeitschrift „Ostland“

Herausgegeben von Emanuel Ginzfel und Dr. Franz Lüdike
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

nr. 19

Berlin, den 12. September

1930

Das Gymnasium von Lengow.

Ein Roman aus der Ostmark von Carl Busse.

(Nachdruck verboten.)
Copyright by Engelhorn, Stuttgart

28. Fortsetzung.)

Er erzählte auch gerade davon, wie schlimm das Waldfest stets für ihn gewesen sei, daß er eine munde, zerrissene Stimmung immer mit hinausgenommen und heimgebracht habe, daß die ewigen polnisch-deutschen Reibereien wohl auch dazu beigetragen hätten, diese Zerrissenheit seines Wesens zu steigern. Daß daraus wohl seine Vorurteilhaftigkeit gegen alle Große, Begehrte, sein Stolz und Meid gegen alles Schöne entstehen seien, daß er wohl einsehe, wie viel böse Eigenschaften er rückwärts und ausströmen müßte...

Immer hatte er dabei die Augen auf ihrem Haar, das unter dem 'Polymädchen zum Vorschein kam. Und immer fuhr er den Schlitten noch weiter. Erst als Pläbe die Grenze bespähnte, bis zu der das Eis betreten werden durfte, kehrte er um.

Auch von dem alten Lehrer, der ihm geholfen, erzählte er.

Gertrud Rüdiger sah und lauschte in sonderbarer Spannung. Woju erzählt er mir das? dachte sie immer und neuem. Und dann hatte sie manchmal das Gefühl, als müßte sie sich umdrehen und in sein Gesicht sehen; als müßte dieses Gesicht jetzt wieder schon sein.

Aber sie drehte sich nicht um. Als er schwieg und man nur noch das Klirren der Schlittschuhen vernahm, quälte sie sich ab, etwas zu reden.

„Ach danke Ihnen, daß Sie mir das alles gesagt haben,“ sprach sie.

Einen Augenblick, als bange sein Haupt sich tiefer, sah sie, wie sein Hauch aus kleines Wölkchen an ihr vorbei durch die kalte Luft schwebte.

„Ja,“ erwiderte er dann, „das kommt ja sonst nicht über meine Lippen.“ Wenn du mich angesehen hättest, dachte er dabei, müßte ich die Worte auch nicht herausbekommen haben. „Das sagt man nur einem Menschen.“

„Du wüßte ich rot, baugte ich und knöpfte an ihrem Handschuh.“

Nur der Frau, die man liebt, sprach eine Stimme in ihr. Der Gedanke packte sie, in dem Gedanken kam es ihr über die Lippen: „Aber Herr Rüdiger haben Sie es doch erzählt?“ Warum schweigen Sie sich darüber zu aus?“

„Als hätte sie zu viel gesagt, als wüßte ihr Mund wieder zu fix gewesen, riß sie heftiger an ihrem Handschuh. Ein Knöpfchen plakte ab, flog im Bogen aus Eis und tanzte lustig eine kleine Strecke.“

„Meiner Braut?“ Er war ganz verblüfft. Erst dann begann er sich. „Ach so... ja... Sie mögen früher in den Raubringen. Aber das verstehen Sie nicht.“

Und nun erzählte er ihr, daß ein flattrig Phantasiegeschöpf sich durch die blauen Rauchwolken gemiegt und daß er selbst doppelt so viel Zigarren brauche.

„So?“ Sie wollte lachen, aber sie konnte es nicht. Dann war das auf gut Deutsch also ein einfacher Schwindel — das mit seiner „Braut!“

Sie konnte nicht länger ruhig sitzen, sie mußte sich bewegen. „Sollten Sie bitte!“ rief sie rasch. Und als er den Schlitten zum Stehen brachte, ließ sie ein paar mal hin und her. Dann atmete sie wieder freier und kam zum Schlitten zurück. Sie legte die Hand auf die Lehne.

Sie waren jetzt wieder in der Nähe der spielenden Schüler. Um Gertrud Rüdiger, die weit über Eis blickte, zog der Hilfslehrer Kreise. Sie wurden enger und enger. Und während er so, einen Fuß über den anderen legend, um sie und den Schlitten herumfuhr, sagte er entschlossen: „Vielleicht erklärt das, was ich Ihnen eben erzählte, manchen. Aber meine ganze Rarttheit am Waldfest kann es wohl nicht erklären. Da muß ich... noch die Hauptsache sagen. Bitte, hören Sie das auch... lassen Sie mich gleich klappen fikt machen. Ich sehe Sie so selten... wer weiß, ob eine solche Stunde noch einmal wiederkehrt...“

Ich möchte mit allem aufklären. „Sie können ja nach dem Wald rübersehen, wenn Ihnen das lieber ist.“

„Ich habe mich in letzter Zeit oft gefragt, ob ich anders bin als die Leute sonst oder ob die anderen schwindeln. Die Liebe — wenn man so hört: das geht piff — poff! Gleich ein Schwanz ins Herz... die oder keiner! Da kommt gleich etwas auf mich ein. Sackel... Irrtum und Zweifel gibt's nicht mehr.“

„Als Sie mir damals sagten, daß Sie mich im ganzen Leben nicht heiraten würden und ich kein Jähling sei, habe ich gesagt: Meinestwegen — ich verliere dabei nichts. Ich denke ebensoviele dran...“

Aber allmählich habe ich mich empört. Das sei doch toll, daß Sie mich so ausschalten. Wenn ich auch zehnmal eine andere genommen habe. Die andere war eben die Braut in den Raubringen: schlank, dunkeläugig, wunderbar schön. Nur die wollte ich haben.

Trotzdem wuchs mein Stolz gegen Sie. Und damals im Wald entwid er sich. Allzuerst schone Gräbe hatte ich mir ausgespielt, die mich zu Hause selbst überzeugt hatten. Erst im Wald, als ich vor Ihnen stand, merkte ich, wie fadenstichig sie waren. Da habe ich immer nur herum und mich glücklich noch tiefer hineingedrückt. Schließlich mußte ich selbst nicht, was ich recht wollte. Eigentlich habe ich mich später auch heillos blamiert gefühlt und hüte mich, Ihnen unter die Augen zu kommen.“

„Dafür habe ich täglich noch eine innerlich gemüht. Und da ist mir ein paar der vertückte Gedanken gekommen, ob alle die komplizierten psychologischen Funktionen, die ich mir zurechtgelegt, nicht Unsinns seien und der Grund für meine Empörung nicht eine ganz banale... ja... Liebe wäre.“

„Bitte, erschrecken Sie nicht... ich lachte mich gleich selbst aus. Denn die Liebe kommt doch bekanntlich piff — poff!... und auf das Aufgehorcht hat ich vergebens gewartet.“

„Außerdem liebe ich ja die andere... Sie wissen schon... die in den Raubringen. Und da man doch nicht gleichzeitig piff — poff!... in beiden kann... na, kurz und gut, man hat nicht umsonst ein Kollie über Vogel gehört. Man abt gar nicht, wie klug io ein Kopf ist!“

„Er zog noch immer jene Kreise um sie... klirr, klirr klang der Schlittschuh, wenn er des Bogens halber übersteht. Und er hatte schon eine deutlich sichtbare Bahn gefahren, auf der es wie feiner, weißer Staub lag. Der Stahl hatte das Eis abgegraben.“

Gertrud Rüdiger hatte ihn ein paar mal unterbrochen wollen. Aber es war, als sei sie in den Kreis, den er umflog, gebannt und dürfe weder hinaus noch seine Rede stören. Er sah sie niemals an.



Der schöne Osten: Suben.
Marktplatz mit altem Rathaus, Stadt- und Hauptkirche und Brunnen.

„Wie klug so ein Kopf ist!“, wiederholte er. „Ich habe in den letzten Wochen etwas gelernt. Ich habe erkannt, daß so ein Kopf ein platter Gefelle ist und daß ich ihn überhöht habe.“

Hielten Sie das für möglich: das Herz, die Weissen, das Blut, wie Sie wollen, wissen schon längst Bescheid — sie wissen schon ganz genau, daß man jemand lieb hat — sie wissen ebenso genau, wer es ist — und nur der kluge Kopf räsoniert überlegen und bemerkt einem, daß man eine ganz andere meint — hatten Sie das für möglich?“

Mit einem Ruck hielt er an. Man konnte bei dem Rundlauf schmeicheln werden. „Nicht mündert sich überhaupt nichts mehr, seit ich das gesehen habe. Man himmelt eine Braut in Raubtrüben an, und es ist eine ganz andere. Sehen Sie: eines Morgens mache ich auf, nichts ist passiert, ich bin abends wie sonst schlafen gegangen, ich habe am Tag vorher nichts erlebt — und plötzlich weiß ich, daß alle andere Unsin ist und daß ich schon seit Monaten nur — nur Sie lieb habe!“

„Nun wissen Sie es!“

Er war blutrot.

„Nur Sie,“ wiederholte er, und aus Verlegenheit, Scham, harter Erregung hieb er mit dem scharfen Ende des Schlittschuhs fortwährend in das Eis, daß die Splitter umherflogen.

Nach das Gefühl des Mädchens hatte sich dunkel gefärbt. Alles in ihr mochte durchdringen. Es kam nichts Neues, Neues auf; keine ganze Freude, kein ganzes Widerstreben. Hier ein Emporklappen: er hat dich lieb, du bist nicht verlassen, du bist eine Menschenseele, die an dich denkt! Dort ein Aufschrecken: nein, nein — du liebst ihn ja nicht, du willst ihn so nur nehmen, um verlorst zu sein, und dazu ist er gut! Jetzt sollte sie etwas sagen — sie konnte doch nicht stumm bleiben. Da sagte sie: „Gertrude! Sie doch das Eis nicht so... es ist ja schief!“

„Ach, jo... das Eis! Ja, es ist wohl schief. Ich habe nachsichtig schon ein ganzes Loch aufgeschlagen.“

Die nervöse Unruhe zitterte durch die Worte. Er fuhr langsam rückwärts, meiste ihn näher, fuhr wieder rückwärts.

„Man kann doch darüber sprechen“, begann er dann von neuem... „Es ist ja schon viel, daß Sie mich ausreden lassen... daß Sie mich nicht gleich ausschalten. Ich will ja keine Antwort für gleich. Aber nun kennen Sie mich doch. Und vielleicht darf ich öfter mit Ihnen reden. Jeder Mensch hofft ja. Wenn ich auch kein Glück im Leben habe — leben Sie —“

„Halt!“ rief sie erschrocken.

Es war zu spät.

Der „Schmerz“, der „Schlange“, die von den Schultern gedreht ward, laute in voller Fahrt heran. Vergessens lachte der Junge auszuweichen. Er ließ gegen die rückwärts laufenden, gar verjüngten Hülfslehrer, und wenn ihn der gewaltige Schmerz auch weiterführte — Doktor Hoff verlor das Gleichgewicht und lag im nächsten Moment auf dem Eis.

Unschonell hatte sich das zugezogen.

Erst hatte Gertrud Rü diger einen solchen Schmerz verspürt, daß sie einen bitteren Geschmack auf der Zunge hatte. Als der Hülfslehrer aber lag, mußte sie lachen.

Es sah zu komisch aus.

Er war gleich wieder auf. Schmeigend klopfte er sich ab. Der Schüler, der das Unheil angerichtet, kam jetzt herangefahren, die Mühe in der Hand.

„Schon gut,“ sagte Doktor Hoff nur.

Und dann wandte er sich an Gertrud.

„Sie wollten noch Hause... morgen wieder.“

Sie lachte und sah ihn an.

„Haben Sie sich wehgetan?“

„Sehr.“

„Aber, mein Gott — es ließ sich so harmlos an. Fühlen Sie denn große Schmerzen?“

Sie fuhren dem Ufer zu.

„Es ist nicht der Kadaver — der ist heil geblieben.“

Und als er ihr die Schlittschuhe abschaltete: „Schicksal! Rismet! Wer will etwas damit?“

Sie war schon fort, daß er sich nichts getan hatte, mochte jedoch nicht antworten, weil ringsum viele mit ihren Schlittschuhen beschäftigt waren.

Erst als sie schweigend ein Ende auf die Stadt zugegangen waren, sagte Gertrud Rü diger: „Warum nehmen Sie das so tragisch? Hat Sie mein Lachen gekränkt?“

Er wollte auch lachen. Es klang gepreßt.

„Nein — wer hätte das widerstanden? Aber das kann mir nur passieren: da redet man das Beste und Feilste — für mich meistens nur es — und plötzlich streckt man die Weine in die Luft. Hätte ich mir noch ein Wein gebrochen — aber jo: es ist wirklich nur lächerlich. Hätte ich Furchtschickel nicht. Vielleicht keine große Diebe, aber eine kleine, die er wachsen ließ.“

An seinem Arm klangen die Schlittschuhe. Die des Mädchens hatte er auch genommen; sie schlugen nun beim Schreiten gegen die feinen.

„Ich glaube“, erwiderte Gertrud Rü diger langsam, „Sie haben wirklich Talent zur Selbsthülfe. Sie machen das Große gern kleiner, und Sie tauschen hier das Kleine auf. Wie kann solche Harmlosigkeit auf ein Gefühl wirken oder es gar töten!“

Er hob den Kopf. Das waren die leuchtenden Augen — der Hülfslehrer war wieder schon.

„Ich meine im allgemeinen,“ fügte sie ein wenig vorlegen hinzu.

„Du wurde dein Himmels nicht groß.“

„Im allgemeinen — jo, ja! Ach, man reitet das Allgemeine immer nur dann vor, wenn man für sich einen besonderen Haken einhängen will.“

„Bald haben sie vor dem Gymnasium. Er reichte ihr die Schlittschuhe. Sein Mund war: „Nun laufen Sie noch nicht mehr!““

„Was Sie das ganze nicht verstanden — Sie sollen mich nicht für kleinlicher halten, als ich bin, Herr Doktor.“

„Was heißt das?“ fragte er rasch, ungeduldig.

„Dah es für heute genug ist. Aber daß es vorläufig noch mehr Wintertage gibt.“

Ein Händchen, ein Rücken — da warf sie schon das Gitter des Berggärtchens zu. So gab sie jedem die Hand, jo konnte sie jedem zuhören. „Warum sollen wir nicht zusammen fahren und plaudern?“

„Rein, es war nichts Besonderes. Keine Antwort auf die unangenehme Hauptfrage.“

„Aber er sollte sich Atem, daß ihm die reine, kalte Winterluft ganz erfüllte. Er war schon fertig, daß er sie öfter sehen sollte.“

„Sie gefasch es, daß sie häufig auf dem Eis zusammen waren. Sie redeten von vielen Dingen des Himmels und der Erde. Aber keine berührte die Hauptfrage. Niemals kam Doktor Hoff auf sein Schenken und seine Winzerei zurück.“

In der ersten Zeit war das Mädchen ihm dankbar dafür. Sie wollte in der Stille warten, ob ein ganzes und starkes Gefühl — sei es nur, sei es wider ihn — in ihr erwachte.

„Dann trug sie ein. Ein unerquickliches Gemisch von Schmecken und Regens trübte sogar dem Himmel, das Wasser hand fuhob über dem Eis, ein jüder, breiterer Schmutz lag auf den Straßen.“

Gertrud Rü diger ging im Hause her und bin, blickte unzufrieden aus dem Fenster und war mit St. Peter, dem Wettermacher, fertig unzufrieden.

Es sah sie etwas.

Die Bewegung, dachte sie.

„Aber als bessere Tage kamen und sie diese Bewegung sich durch Spaziergänge verschaffen konnte, war es auch nicht das Rechte.“

Sie gefasch ihn schließlich selbst, daß es die Plauerblunde mit dem Hülfslehrer war, die sie vermiste. Da wollte sie tätig werden. Sollte sie ihn lieb? Und es kam eine Freude ab, sie, als sie sich das fragte — eine Befragung, die ihr einen Ruck gab.

„Beliebt ich nicht, sagte sie dann zu sich selbst. Es ist die Gewohnheit — jeder Mensch ist ein Gewohnheitswesen. Und es ist ferner dies, daß er augenblicklich wirklich die einzige Seele ist, die dir nahe steht, von der du weißt, daß sie dir unerschütterlich verbunden ist.“

Beliebt dich nicht! — Nein, sie wollte sich nicht belügen. Seinetwegen wollte sie es nicht. Ihr ganzes Herz litt er haben oder gar nicht. Und deshalb wollte sie klar und ungetrübt auf den Grund ihrer eigenen Seele sehen — nicht belügen — tapfer sich die Wahrheit eingestehen. Sie wußte jetzt manchmal sehr an ihrem „Wüthermann“ — hier wollte sie frischen Wüther Mann, wenn's auch noch tat.

Sie konnte ihr Freude nicht verbergen, als sie die ersten Schienen wieder mit Schlittschuhen nach dem See wandern sah. Ein Euler hielt sie sich noch zurück — dann machte auch sie sich fertig.

„Du bist ja jetzt hübsch hinter dem Sport her,“ sagte ihr Vater. Ein Wüthermann flog um seinen Mund — dieses Wüthermann, das die vielen Jächten in sein Gesicht brachte.

„Es ist doch gesund,“ antwortete sie, wurde rot und ärgerte sich über sich selbst.

Ubrigens war ihr, als ob ihr Vater — während sie rasch davon schritt — hinter der Gardine hünde und ihr lange nachsah.

Der Hülfslehrer grüßte sie auch diesmal schon nur weitem. Die Hülfslehrer mußte ihm besser bekommen sein, als ihr. Er war gefasht in seinem ganzem Wesen, gleichsam voll tapferer Erwartung, die alles Kommende tragen will. Sie ließen vollkommen und redeten wie sonst — aber auch diesmal ward das beim ersten Eislauf angefangene Thema nicht berührt.

Darüber wunderte sich Gertrud Rü diger. Dann beunruhigte es sie. Endlich konnte es sie fassen.

„Allelei Gedanken machte sie sich. War diese Liebe, die er eines Morgens so plötzlich erkannt hatte, auch plötzlich wieder verschwunden? War er wirklich zu schüchtern, um noch einmal davon anzufangen?“

Und diese Unruhe und Beklemmung in ihr wuchs. Sie blickte ihn, sah ohne es selbst zu wissen, fragend an. Sie wollte allmählich selbst die Gelegenheit herbeiführen, ihn zu einer neuerlichen Briefe veranlassen. — Es schante sich vor sich selbst, aber sie tat ihn, sie wieder einmal im Stuhlplätzen zu fahren.

Umsonst! Und nun lag sie nachts hundenlang nach und grubelte, was er hätte. Es machte sie still und in sich gekerkert.

An einem Februartag waren es auch lange kreuz und quer über das Spiegelglatte Eis gefahren. Hintern Wald hindurch blutrot, fast dunkelrot der Sonnenrand. Man sah ihn durch die kahlen Baumkronen. Ein rötlicher Schimmer lief über den weißen Schnee. Der Wald stand wie verjaubt.

Vange blickte das Mädchen auf die drei: Wald, Schnee, Sonne. „Wie schön das ist,“ sagte sie. „Als ob die Bäume blühen.“

Und er: „Wenn es Ihnen recht ist, können wir diesmal ja einen anderen Rückweg einschlagen, auf dem Sie die Schönheit näher haben.“

(Fortsetzung folgt.)

Guben — das Bild einer ostdeutschen Stadt.

Von Marie Cäse Droop.

Wenn man von Stettin oder aufwärts einen roten Strich auf der Landkarte zieht, bei der Einmündung der Lausitzer Neiße die Oder verläßt und den Strich an der Neiße entlang bis zu ihrer Quelle verlängert, überfliehet das Auge das ganze deutsche Nordgebiet, zugleich aber blickt man dem Verlande ab, daß hier eine natürlich verkürzte Grenze gegen den Osten, eine Art räumlicher Gunstverteilung liegt, welche die sich am liebsten alles das in Preußen und zurückziehen möchte, was letzte, zu bequem und zu wenig opferwillig ist, mit der endlos langen, schwer zu verteidigenden, aufzubrechen und wankenden Siegfelslinie unserer heutigen Ostgrenze zu ziehen und zu fallen.

Am Einfallstor zum Glacis dieser Stellung, auf märklicher Erde, erhebt sich eine starke und stolze Kirche wie eine trübige Burg. Es ist die Hauptkirche von Guben. Ihr Dach überragt das Häuflein wie die Hauptkuppe eines Riesen die Hümpen von Jerngen. In ihrem Schatten lagen fünf Jahrhunderte hin. Fünf Jahrhunderte wechsellagerter Schicksale. In jedem Frühjahr sah sie die Obstdäume wie weißen Schaum an ihre Mauern branden und in den letzten Jahrzehnten die Zerküppelungen wie die Masse vom Boden fließen, um mit ihrer hohen Höhe zu wettstreifen.

Guben hat zwei Gesichter, die selbstam verschieden sind.

Kommt man von Berlin, so drängt eine qualmende Wand von Eichen und Schloten den das Stadtbild luftholenden Blick zurück, während man sich Guben von Breslau aus, so sieht man nur eine zum Hügelgange emporklimmende, fleißig gelebte Stadt, von Obstdäumen umschloßbar umschloßbar.

Zu diesem bevorzugten Stadtbildscharf tritt eine selten glückliche geographische Lage. Am Mittelpunkt zwischen Berlin und Breslau, an der Lausitzer Neiße umfließt, der Oder nahe, aus einer Erde wachsend, die reiche Schätze an Braunkohle birgt, ist Guben wohl ein Sonntagsgast des Schicksals. Das Bewußtsein dessen tragen wohl alle Bewohner in ihrer Seele; denn die Stadt läßt sich, wenn sie einmal in ihren Mäulen liegt. Dabei ist gerade hier hochentwickelte Handwerker, Selbstkritik und im Gesamtwirtschaftlichen Sinn, wie er sich nur durch lange Jahrhunderte lebhafter Bürger, erzeugt, beheimatet. So ist der Gubener seit Generationen gebotener Hut- und Schuhmacher. Besonders die Wohl- und Haarputzherstellung hat hier Ausmaße erreicht, durch die sie fast alle ihre europäischen Konkurrenten überflügelt. Auch bis zu kurzem beschäftigt sie 1000 Arbeiter, wozu noch andere bis zu Millionen Hütten in die Ferne. Hier entstehen ein Teil der Seile, aus denen die Hochseilwerke ihrer kühnsten Hänger herant, und erst Majaja Kemals Irreges Verbot brachte hier blühenden Jüngel Gubener Bleies zum Verbot.

Der Kenner, der in Brüssel Handbuche kauft, verlangt das Gubener Zerküppelchen. Er weiß, daß damit das Beste erorden, was Europa in dieser Art herzustellen vermag. Nicht weniger trefflich ist der Ruf, den die Gubener Schuhmacher im Ausland genießen. Gubener Mantel wandern sogar über den Ocean bis nach Amerika.

Wenig bekannt ist das Selbstbild, den eigenen hohen Vaterlande. Die Handbuche, die der Belgier, Hollen auf ihre deutsche Herkunft, trägt, müssen für deutsche Abnehmer englisch frisiert werden. Die Schuhe, die etwa nach Berlin bestimmt sind, gehen zuerst nach London und dann, in der gleichen Verpackung, ungeöffnet, nach Deutschland zurück. Man erst, da wenigstens die Ritten den angebotenen britischen Stempel tragen, wird ihr Inhalt für würdig befunden, den Leib

Seiner Majestät des deutschen Kaisers zu hieren. Gemäß sind die Schuhe durch die hohen Strahlspitzen sehr viel teurer geworden, aber dafür sind es auch „sehr englische“, deren festem, dichtem, gezieltem Gezielte ist gar nicht kein noch so kritisches deutsches Auge ansieht, das es nicht aus England, sondern „nur“ aus dem verarbeiteten deutschen Osten kommt.

Aber diese kleinen Eichen und Risse können den Abnehmergang wohl aufhalten, ihn zum Stillstand bringen können sie nicht. Auch Guben war mit der ehemaligen Provinz Polen als Hauptabnehmer eng und untrennbar verbunden, und was es da verloren hat, hilft kein Handelsvertrag wieder aufbauen. So schloß auch seine Fabrik nach der anderen ihre Pforten oder setzte ihre Arbeiterpahl herab. Einmal Tages ruhte auch die Braunkohlegrube. Übernehmungen setzten die ganze Umgebung unter Wasser. Eine Regulierung wurde notwendig, die alle Geldquellen in ihre Länge.

Nach vertraute Guben auf den Reichtum seiner 120 000 Obstdäume. Da legte der Winter 1929 mit seinen eiligen Stürmen über das Land, und 40 000 Obstdäume erfrorren.

Aus eigener Kraft konnte sich Guben nicht aufrichten, wohl aber konnte eine einige große Eiche des Reiches ihm die Pforte zu einem neuen Zukunft erschließen. Viele Eiche sollte der Bahnbau Guben-Kreis sein, der als letzte und kürzeste Verbindung zwischen Mitteldeutschland und Ostpreußen, Oberbeselien und Hinterpomern für den gesamten Osten von höchster Bedeutung ist. Der Verkehrslahara des Ostens würde er endlich die heiß ersehnte Nordbahn, zahllosen Vorstern die einige in weitestem Umkreis erreichbare Bahnstationen bringen. Ein heute fast unter dem preußischen Durchschritt bewacht und bewacht die neue Bahn der Befriedung erschließen, Guben aber wäre endlich an die Oder gerückt und träte durch seinen natürlichen Oberhofen Pommern, zu dem heute nicht einmal eine Brücke führt, in den großen künftig zu erwartenden Stromverkehr ein.

Was ist Gubens Traum — wie sieht nun in der grauen Wirklichkeit die Erfüllung aus? Zu welcher Art der Rettung entschloßen sich Staat und Stadt? Nun, zunächst riß die Notwendigkeit der Stadt, den baldige Begründung und ohne auf die sich selbst großen finanziellen Opfer beruhte Stadt zu hören, ihre Werkstätten, in denen die 1500 Arbeiter beschäftigt, Stein für Stein nieder, um sie anderswo neu aufzubauen. Dann verzog der preußische Staat, daß er in Aussicht gestellt hatte, sich mit einem namhaften Betrag an der Regulierung der Ubbt zu beteiligen, und alle Wohnungen prallten an tauben Ohren ab. Schließlich wurde aus die Bitte der Stadt, den schwer geschlagenen Wintern mit Staatsmitteln zu helfen, vom Landwirtschaftsministerium abschlägig befunden, und zu guter Letzt sei noch erwähnt, daß für den Zahn- und Brückenbau bis zum heutigen Tage auch nicht ein Spaten gerührt wurde. Die 800 Einwohner von Pommern, deren Wiesen und Äcker alle jemals das Gubische liegen, schauen immer noch schmerzhaft ihren 1000 Sänen nach, die als einige Oberanwender den Fluß nicht als ein unerträgliches Verkehrsbehindern ansehn.

Die Stadt Guben aber hofft und erachtet, trotz aller bisherigen Enttäuschungen, daß aus der reichen Saat selbstwührender Manifeste und obdanklicher Verbündungen noch wenigstens ein Körnchen der Erfüllung auch auf ihren aufnahmefähigen Boden fallen möge. . .

(Was dem „Eag“ Berlin, 27. 3. 30.)

Die alten Eisenhüttenwerke in der Mark.

Von Wilhelm Altengrub.

Solange die brandenburgischen Kurfürsten und die preußischen Könige darauf angewiesen waren, ihren Eisenbedarf, vor allem für Munitionswerke, in den Vanden östlich der Elbe zu decken, hatten die Vandenherren ein sehr wesentliches Interesse an der Förderung des Eisenhüttenwesens in der Mark Brandenburg. An vielen Stellen unserer Heimat, an denen heute kaum noch mehr als ein Flur- oder Dorfname verbleibt, daß einst ein in die Eisen- oder Hammerwerke der Vandenherren einst glänzendes Licht schienen, hat einst eine blühende Anzahl ihrer Stätten erbaut.

Schon um 1200 soll ein Eisenhammer zu Droskau bei Sorau gegründet worden sein. In einer Urkunde von 1375 wird aus dem Kreise Pübben zu Schlegel ein Eisenhammer erwähnt. Im Vandenbau Karls IV. aus dem Jahre 1375 wird ein Eisenwerk zu Weitmühl bei Wismar in unser Ozeanienburg genannt. Um dieselbe Zeit dürfte auch in der Neumark der erste Hammer in Gang gewesen sein. Er wurde auf dem Gebiet des Rittergutes Dölitz im Kreise Soltau an der Mielde erbaut und war bis 1709 in Betrieb. Ferner wird im Jahre 1438 eine Eisenbütte bei Zehdenitz genannt, die später eines der bedeutendsten Eisenwerke in der Provinz Brandenburg wurde und von 1620 bis 1661 ununterbrochen in Betrieb war.

Das für die Vandenvertheidigung wichtigste Werk war Peitz, das 1550 vom Markgrafen Hans von Anhalt gegründet wurde. Um die zum Antrieb der Gebälle und der Hammer erforderliche Wasserkraft zu haben, ließ er von der Spree her den 22 km langen „Hammergraben“ abweisen. Am Schluß des Dreißigjährigen Krieges waren in Peitz, das die Eise aus den Mutungen auf den benach-

barischen Feldern der Herrschaften Peitz und Cottbus erhielt, ein Hofhofen, ein Puppenfeuer und ein Hammerwerk in Betrieb. Der Große Kurfürst ließ 1661 in Peitz große Verluste antreten, ob es nicht möglich wäre, Kanonenrohre aus Eisen zu verformen, aber die Verluste schienen fehl. Erst 20 Jahre später gelang es Albrecht Krupp, dem weltberühmten Erfinder des Schußbleis, diese Verluste zu überwinden, was er zu führen. Das Peitzer Eisenhüttenwerk, das nach in den Vandenherren eine bedeutende Rolle für die Vandenvertheidigung gespielt hatte, blieb noch bis 1894 in Betrieb.

Wenig früher schon hatten die Eisenhüttenwerke bei Driesen, bei Köstlin im Kreise Ostpreußen, im Schlaubetal bei Müllroße und in Runersdorf und Pölzig bei Schmiewitz ihre Sieger empfangen müssen.

Die Eisenhüttenwerke bis in unsere Tage — wenn auch in vielfach geänderter Betriebsform — in Gang geblieben sind, gehört die „Vierher Schmiede“. 1734 war sie von Friedrich II. gegründet worden. Nach einem Jahrhundert Staatsbetrieb wurde das Werk 1855 verpachtet und bald darauf verkauft. Die Vierher Schmiede verarbeitete in der Hauptphase Ralsenbleisfeinere, die bei Pölzig und Pölzig (Kreis Vandenberg a. d. Warthe) und bei Bärwalde in Gang geblieben wurden. Die beiden Schmelzen erzeugten monatlich 800—1000 Zentner Rohguß. Die nahe Schmelze war es möglich, es in Zeiten erhöhten Bedarfs in Vieh auch Eise aus der Driesener Gegend, so sogar aus dem Kreise Guben zu verarbeiten. Der Rohguß wurde von Vieh zum Teil nach Ruhdorf (Kreis Königsberg Rn.) und zum anderen nach den Vandenherren im Kreise Vandenberg gebracht, wo er zu Stößen und Bröckeln

weitergearbeitet wurde. Das Rudolfer Werk, das noch heute in Gang ist, war 1755, also etwa gleichzeitig mit der Wieser Schmelze, als staatliches Werk errichtet worden. Im Siebenjährigen Krieg wurde der Betrieb in den neuemärlischen Hammerwerken erheblich gestört. Als die Kuffen von der Schlacht bei Jena zurück in die Heimat kehrten, mußten sich die Rudolfer Hammerwerke 32 Wochen lang in der Kuffen-Feinde verweilt halten. Aus den neuemärlischen Hammerwerken ließ der König, der die Entwicklung der Werke mit großer Sorgfalt übernahm, die Materialien für die Schlossbauern in Berlin und Potsdam, für den Bau der Staatsbibliothek in Berlin, zum Bromberger Kanal und zum Wiederaufbau der abgebrannten Stadt Calles herbeiführen. Um für die Rudolfer Hammer einen reichhaltigen Zufuhr der Rohmaterialien und des Holzes zu ermöglichen, wurden sogar Verträge gemacht, in die Mägel Schienen einzubauen, um mit den Okerbahnen bis an das Werk heranzufahren zu können. Die Durchführung des Projektes erwies sich aber als zu kostspielig, so daß die Arbeiten alsbald wieder eingestellt wurden. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hat sich besonders der Minister Heimt um das Hüttenwesen verdient gemacht. Er hat, um einen modernen Ausbruch zu gebrauchen, ein Werk nach dem anderen rationalisiert. Er verglich die Produktionsziffern der einzelnen Werke und ihren Aufwand an Holz und Kohlen und versuchte immer eines gegen das andere zu besseren Betriebsergebnissen zu bringen. Seine Hauptfeste war, daß die Staatsämter in wenigen Jahrzehnten in den Hütten verfeuert sein müßten, wenn nicht eine gründende Änderung der Wirtschaftsführung auf den einzelnen Werken eintreten würde. Um die Erzeugnisse der staatlichen Hüttenwerke zu verbessern, führte er in größerem Umfange Eisenerze aus Schweden und aus dem Harz

ein, die auf diese Art gewonnenen „Verbeßerten Guftezeugnisse“ fanden im Handel Anklang, und es setzte bald eine neue Hüttenperiode der staatlichen Werke ein.

Die noch heute sehr ansehnliche Metallindustrie im Finowtal bei Eberswalde geht auf eine kurzfristige Gründung zurück: 1613 wurde bei Eberswalde ein Hüttenwerk errichtet, das jedoch gegen Ende des 17. Jahrhunderts wieder aufgegeben werden mußte. 1702 wurde von eingewanderten Hugenotten die „Eisen-„Spaltel““ gegründet, die 1713 verstaatlicht wurde. Sie lieferte in der Hauptsache das Vorprodukt für die Gießereien in Spandau. 1745 ließ Friedrich II. in Eberswalde eine Eisen- und Stahlschmiedefabrik errichten, für die er tüchtige Hüttenmeister aus Schweden und Schlesien heranzuführen ließ.

Wie im Zusammenhang zu werden auch in Pleißenhammer, Kreis Grotzen, noch heute die alten Hammerwerke in Betrieb gehalten. Zwar ist der Betrieb nicht mehr so mannigfaltig wie vor 150 Jahren, aber noch droht der Hammerbau durch die stillen Wälder, um aus abgelaufenen Wagenreifen der Reichsbahn Pflegschaft für unsere Landwirtschaf zu fördern. Pleißenhammer ist gleichfalls eine fiskalische Gründung, für die ausgeübte Mäntelarbeiten in den Kreisen Grotzen und Weithagen geliefert sind, insgesamt aber 2700 Morgen. Die Entwicklung unseres Verkehrsnetzes und unserer Industrie haben die Ausbreitung auch dieser Mineralstoffe unserer nährlichen Heimat für wahrscheinlich alle Zeiten illusorisch gemacht. Die Eisenerzeugung hat nur in einigen wenigen Städten der Mark Brandenburg (Brandenburg, Luckenwalde, Cottbus, Frankfurt a. O. und Landsberg) Bedeutung erlangen können. Die alten hüttenartigen Stätten sind zum großen Teil verfallen oder zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Ostmärkisches Allerlei.

„Polaca.“

Der Krakauer „Illustrirte Kurier Cobyenn“ veröffentlicht aus Buenos Aires einen Brief von einem gewissen Especk, der eine fürchterliche Anlage gegen die Zustände in Polen bilde; denn mit den polnischen Mädchen werden die Freudenbäuer in allen Südamerikanen Staaten gefüllt. Schmerzerfüllt schreibt Especk darüber:

„Wohin ich nur kam, hat überall das Wort „Polaca“ dieselbe Bedeutung. Straßenszene. So oft ich mich vor einem Südamerikaner als Polaca vorgefellt habe, begegnete ich einem verwunderten Blick. Man hat mich so angesehen, wie man einen Südbäuer ansehe, pflegt. In den Augen der Südamerikaner sind Polen als ein Völkchen, in welchem sehr hohe Sittlichkeits- und Moralitätsanschauungen herrschen, in welchem alle Frauen käuflich und verkäuflich sind. Dabei ist das keine Unwissenheit der Südamerikaner zu Polen, die durch eine Propaganda großgezogen wurde; nein, das nicht, sondern ganz einfach dadurch, daß alle Südamerikaner Käufer mit Mädchen aus Polen gefüllt sind.“

„Die Lechter eines polnischen Auswanderers gibt sich nicht als Polaca aus, weil sie sich ihrer Rationalität schämt, zumal auch sofort ein solches Mädchen und unbedeutende Witze bei den Einheimischen als Antwort auf die Bekanntheit folgen. Eine schreckliche Schande klebt an dem Namen der polnischen Frauen in den amerikanischen Ländern. Wie weit das vorgezeichnet ist, beweist der Umstand, daß alle unsere Völkchen sich schämen, zu sagen, daß sie Polen sind und sich als „Polona“ und „Polonera“ (Polona, Polona) ausweisen. Aber das ändert an der Sache nichts, denn die Schande klebt an der ganzen polnischen Ration.“

„Wie kommt es, daß gerade Polen der Hauptexporteur des Frauenverlehrs ist, und noch dazu in solchen Mengen, daß es für wichtige Südamerikanische Staaten ausreicht? Wer weiß jedoch, ob das Wort „Polin“ diesen Ruf nur in Südamerika genügt. Denn nach eingezogenen Informationen fehlen unsere Völkchenmännchen in den öffentlichen Häusern in Englisch- und Holländisch-Indien, in Siam und den chinesischen Hafenstädten auch nicht. Wenn es so weitergehen wird,

wird der polnische Name in den Augen der Welt als unfähig betrachtet. Er wird mit Recht unfähig sein, denn ein freies Volk, das nicht in der Lage ist, diesem gemeinen Handel mit den eigenen Frauen, die zu Tausenden und Zehntausenden für das nichtswürdige Gewerbe hin- und hergeführt werden, zu wehren, verdient keine Achtung. Noch vor einigen Jahren galt der Name „Polin“ als etwas Ritterliches, Edles und Verheißendes, während er heute mit Südbäuer, Beduktismus, Anaphobismus und Freudenhausmädchen identisch ist.“

„Nicht alle Leute in Polen sind sich dessen bewußt, wie schrecklich die Situation ist, die unseren Frauen und Ruf bedroht. Die polnischen „Banditen“ in Frankreich, das ist nur ein Kinderbeispiel im Vergleich zu dem, was man über uns denkt und schreibt in Süd- und Zentralamerika. Wir dürfen nicht vergessen, daß hundert Millionen Menschen so über uns denken.“

Eine hübsche Zusammenstellung.

Der polnische Delegationsgeneral in Bromberg hat eine Verordnung für den Kriegsfall erlassen. In dieser Verordnung befindet sich eine Zusammenstellung, die des Humors nicht entbehrt. Es heißt: Von der Pflicht der Arbeitsleistung im Kriegsfalle sind befreit schwangere Frauen, geistig Minderwertige, Senatoren und Abgeordnete.

Auflösung des Stübneräffels aus Nr. 17.

Tannenbergs — Hindenburg.
Calar Hannibal
Lindenburg Mar
Ranzen Rurmi
Raket Denzig
Edla Enkel
Weidenburg Niederwald
Bartenstein Wuslen
Eberhard Urfula
Reiter Rattenburg
Gumbinnen Songhofen



Ostbändler am Ostseestrand.

Mit herzlichem Grüßen aus schöner Ferienzeit hat uns ein treues Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost das obige Bild eingeleitet, das beweist, daß die Ostbändler auch in ihren Ferien an ihre vaterländischen Hochziele denken.

Arbeitsleistung im Kriegsfalle sind befreit schwangere Frauen, geistig Minderwertige, Senatoren und Abgeordnete.

Die Aussprache über die Ofgrenze.

Reichsgerichtspräsident a. D. Simons spricht über die Korridorfrage in Amerika.

Vor der deutsch-amerikanischen Handelskammer von New York sprach am 9. September Reichsgerichtspräsident a. D. Simons über die Vereinigten Staaten von Europa. Dabei betonte er: Er habe in den letzten Monaten eine größere Reise durch Olddeutschland unternommen und könnte daher mit Bestimmtheit sagen, daß der Zustand im Osten nicht so bleichen könne. Die beiden kerauhten Städte Königsberg und Danzig gingen unter den augenblicklichen Verhältnissen zugrunde und der gesamte Osten vor einer wirtschaftlichen Katastrophe. Und das nur infolge der verheerenden Wirkungen der unmöglichen deutsch-polnischen Grenze. Deutschland könne dem nicht totenlos zusehen. — Simons glaubt übrigens, daß die Vereinigten Staaten von Europa bis 1940 katastrophe geworden sein würden. Am Schluß betonte er, daß die Vereinigten Staaten von Amerika von dem neuen Gebilde nichts zu fürchten hätten.

Oberst von Malone über den Korridor.

Oberst Malone, Mitglied des englischen Unterhauses, hat sich dem Korrespondenten des „Kurier Germania“ gegenüber in einem Interview über den Korridor wie folgt geäußert: Es scheint mir, daß in den ersten Jahren des Bestehens Polens die wirtschaftlichen Interessen Danzigs nicht genügend berücksichtigt worden sein könnten. Der große Auswanderungsstrom ist eine schwere Last für den jungen Staat, und es widerspricht auch der wirtschaftlichen Logik, daß ein kollektiver Hafen gebaut wird, wo Danzig vollkommen genügt hätte. Der Korrespondent fragte hierbei, was Oberst Malone von dem Plan eines Austausches des Korridors gegen das Territorium anderer Länder halte. „Es ist nicht“, sagt Oberst Malone, „bekannt und besteht jetzt noch Pläne, die von gewissen offiziellen Stellen sogar ernst genommen werden und die Korridorfrage dahin zu lösen beabsichtigen, daß Polen als Kompensationsobjekt „Mittel erhalten soll.“

Eine weitere englische Stimme.

Die bekannte konservative Wochenzeitschrift „The Spectator“ nimmt zu der viel zitierten Ericson-Rede Stellung. Sie schreibt u. a.: „Aber schließlich wurde der Vorschlag der Völkerbundung mit Abzicht so gefaßt, daß er Neuregelungen, die von der friedfertigen öffentlichen Meinung der Welt gefordert werden, ermöglicht.“ Herr Ericson hat diese öffentliche Meinung sichtlich lobt, und so die Ansicht allgemein verbreitet ist, daß Frankreichs offizielle Politik kurzfristig und den wahren Interessen des Friedens feindlich ist, war der Augenblick vielleicht gar nicht so schlecht gewählt. Der Völkerbund steht am Scheidewege seiner Politik, und nur wenn England bei der kommenden Völkerbundversammlung mit klarem Blick vorangeht, wird es die Meinung dort auf den rechten Weg zum Frieden führen.“

Schwedische Stimme über den Korridor.

Die „Göteborgs Handels- und Sjöfartstidning“, eines der angesehensten schwedischen Blätter, schreibt unter der Überschrift „Ein Gefährde für den Frieden“ über den Weichselkorridor: „Es ist unbegrifflich, daß nicht alle einsehen, daß die Grenze, die im Osten Deutschlands gezogen ist, jedes inneren Holts antreibt. Dieses verurteilt System des Korridors und die nach Millionen zählende deutsche Bevölkerung, die Polen zugewiesen ist, gefährden ganz augenblicklich den Frieden in diesen Gebieten. Man kann es ganz gewiß unterstellen, über den Sachverhalt zu stehen, dadurch wird aber nicht aus der Weichsel ein Weichselbundesverhältnis ist da und verlangt, daß Abhilfe geschaffen wird. Die französische Felle, daß die Friedensbestimmungen ewig unantastbar sind, ist unhaltbar. Sie ist außerdem gefährlich. Wie sie angewendet, ist es früher oder später eine Katastrophe unvermeidlich. Die Grenzbestimmungen müssen, wie alles andere, nach den faktischen Verhältnissen gerichtet werden. Die Grenzen, die niemals den konkreten Forderungen des Lebens entsprechen, können auf die Dauer nicht beibehalten werden. In den schweren Jahren, die Polen begreifen, gehört die Festhaltung der Gebiete im Osten. Solange dieser Fehler nicht berichtigt wird, liegt eine tatsächliche Gefahr für den Frieden vor.“

Ein litauisches Urteil über den Korridor.

Im „Rytas“, dem Organ der kirchlichen Partei Litauens, ist ein Bericht aus der Feder eines Mitarbeiters des Blattes veröffentlicht, der im längere Zeit im Korridor-Gebiet aufgehalten hat. In diesem Artikel wird der durch den Korridor geschaffene Zustand als „geradezu grotesk“ bezeichnet: beispielsweise ist zwischen Marienwerder und Stuhm den Deutschen der Zugang zum Weichsel so vollständig abgeschnitten, daß sie, um einen Eimer mit Wasser zu holen, ein polnisches Einzelstück besorgen müssen. Zwischen den genannten Orten erstreckt sich allmählich das ganze Leben, und die fünf Dörfer, die die Polen auf diesem Ufer der Weichsel „dank der unsinnigen Grenzbesetzung“ erworben haben, befinden sich in einer trostlosen Lage. Die Polen hätten für die Regenerierung der Weichsel nichts, und in wenigen Jahren würden auf der Strecke zwischen Stuhm und Marien-

werder nicht einmal mehr größere Röhre, gefahrlos dem Schiffe zurückkehren können.

Eine schweizerische Stimme.

Unter der Überschrift „Aktive Revisionspolitik“ befaßt sich die „Neue Zürcher Zeitung“ mit dem Artikel 19 des Völkerbundespaktes über die Revision internationaler Verträge. Das Blatt weist auf die Mantelnote der alliierten Regierungen an die deutsche Regierung vom 16. Juni 1919 hin, in der ausdrücklich festgelegt wird, daß die im Jahre 1919 geschlossene Regelung selbst nach Zeit und Zeit geändert und neuen Ereignissen und neu entstehenden Verhältnissen angepasst werden kann. Wenn jeder Revisionswunsch von vornherein als Kriegsrecht hingestellt werde, wie Poincaré es tue, so wäre es besser, den Artikel 19 aus dem Völkerbundespakt zu streichen. Statt dessen aber sollte es gerade Aufgabe des Völkerbundes sein, nicht einseitig der Aufrechterhaltung der 1919 getroffenen Bestimmung zu dienen, sondern die Elemente der friedlichen Evolution, die im Völkerbundespakt enthalten seien, auszubilden und so drohenden Konflikten vorzubeugen. Erklärung der Zustände bringe die Gefahr gewaltamer Expropriation mit sich. Was jetzt habe man in dem Artikel 19 im Völkerbundespakt liegen lassen; niemand möge es, an ihm zu rühren, so daß sich eine Praxis seiner Anwendung bisher noch nicht herausgestellt habe.

Ein Italiener für Revision.

Ähnlich wie das schweizerische Blatt äußert sich in der christlich-sozialen „Wiener „Reichspost“ der ehemalige Führer der italienischen „Popolari“-Partei (— italienische Katholikenpartei), Balente, über das Thema „Italien und die Revisionspolitik“. In diesem Artikel heißt es u. a.: „Was Italien betrifft, so war und ist es der Auffassung, daß eine Revision der Friedensverträge unerlässlich ist. Immerhin eben die Friedensverträge selbst die Möglichkeit vor, künftige wachsende Bestimmungen friedlich zu befriedigen, zu ändern. Wer die Anwendung dieser friedlichen Vertragspunkte mit Kriegsdrohungen und dergleichen unmöglich machen will, übt selbst Gewalt gegen die Verträge. Es ist jetzt eine Selbstverständlichkeit, daß Mitglieder der deutschen Regierung sagen: „Der Krieg ist ein Ding der Unmöglichkeit, sämtliche Bestimmungen der Friedensverträge eine einzige Kraft ausstrahlen. Die friedlichen Revisionsbestimmungen sind vollkommen legitim. Sie entsprechen dem Geiste wie dem Buchstaben der Verträge und dienen der Sache des wahren Friedens. Dabei wird der Revisionismus nach und nach eine immer imposanter Bewegung werden, gegen die allmählich kein Widerstand mehr möglich sein wird.“

Polens Korridorpropaganda im Ausland.

Nachdem Oberst Jabor, der englische Vorkämpfer des „Sibac“ (Internationaler Kriegseingewanderten) und der französischen Vorkämpfer des „Sibac“, bei ihrem unglücklichen in Polen abgeschlagenen Versuch in auffälliger Weise für den polnischen Standpunkt in der Korridorfrage Partei ergriffen haben, teilt der Führer der polnischen Gruppe des „Sibac“, General Gorceki, jetzt mit, daß eine neue Einladung von Vertretern des „Sibac“ nach Polen geplant ist. Es sollen etwa 100 Mitglieder des „Sibac“ (nicht weniger als je zehn aus den neun bestehenden Völkerverbänden) nach Polen gebracht werden. Die Veranstaltung ist, wie General Gorceki hervorhebt, als eine „polnische Antwort auf die deutsche Agitation“ in der Grenzrevisionsfrage gedacht. — Und was jetzt Deutschland dem entgegen?

Oberflächliche Fragen vom Völkerbundrat.

Deutschland kam am 9. September durch die Saatzene, dem Einspruch gegen die englische Monatspolitik und auch durch drei oberflächliche Minderheitenfragen im Vordergrund der Ratstagung. Alle drei Fragen, die schon älteren Datums sind, wurden zur Zufriedenheit der Ratstagung erledigt. Die erste, die die polnischen Knappheitskammerband entlassen und auf das „Pflaster“ gesteckt wurden, sollen nun wieder eingeleitet werden. Dr. Curtius weist auf die menschliche Seite der Frage hin, worauf der polnische Außenminister Salski sagte, daß die polnische Regierung ihr möglichstes tun werde. Auch der Schick des Otto O. H. man wird durch Wiederentlassung in den Dienst erledigt werden, wobei Dr. Curtius eine Garantiefrage vorlegte: auf den Vertragsschluss auf Grund der deutschen Prüfung der Angelegenheit zu. In der dritten Frage, der Einleitung der Kinder in die Minderheitschulen, ist ebenfalls eine Einigung erfolgt, monach die vertretungsberechtigten Personen die Kinder nicht mehr persönlich einbringen brauchen. Dagegen hat sich der Rat in der Frage der Einrichtung besonderer Schulkommissionen für die Minderheitschulen auf den Standpunkt des türkischen Entschlusses gestellt, monach die polnische Regierung auf Grund der deutsch-polnischen Konvention zur Einrichtung solcher Sonderkommissionen berechtigt sei. Eine besonders schwierige Frage, die heute noch nicht zur Verhandlung kam, sondern vertagt wurde, ist die Möglichkeit der Umstellung solcher Kinder, die auf Grund der früheren Prüfungen inzwischen die polnische Schule besucht haben. Hier wird die Sache sehr verwickelt, und es ist eventuell mit der Möglichkeit einer notwendigen Einigung des Internationalen Gerichtshofs zu rechnen, falls nicht eine Einigung darüber erzielt werden kann.

Neues aus Polen.

Prälat Adamki Bischof von Kattowitz.

Zum Nachfolger des verstorbenen Kattowitzer Bischofs Ciesicki hat der Papst den Prälaten Stanislaw Adamki in Polen ernannt. Adamki hat Kattowitz gerade noch gefehlt! Er ist einer der fanatischsten Polen, die man sich denken kann, ein Mann, der unausgeseht demüht ist, das „Polentum nationalpolitisch zu erwecken, zu erziehen und zu organisieren. In Kirche, Schule und Elternhaus wird ihm sein Einfluß in Oberbesohlen meistens sehr bald gegen das „Deutschtum geltend machen. Adamki ist am 12. April 1875 in Zielona-Gora im Kreise Samter geboren, bruste also 55 Jahre alt. Er hat das Priesterseminar in Posen besucht, war dann Vikar in Gnesen, wurde aber sehr bald nach Polen zurückgerufen, um er der nächste Mitarbeiter des Organisators und Leiters des polnischen Genossenschaftswesens, des Prohibits Piotr Worenski, wurde. Ausgerufen übernahm er eine große Reihe anderer Ämter. So war er anfänglich Generalsekretär, später Vorsteher und schließlich Ehrenvorsitzender des polnischen katholischen Arbeiterverbandes und Herausgeber einer ganzen Reihe von Zeitungen, wie des „Robotnik“, des Organs der polnischen Arbeiterbewegung, ferner eines sehr verbreiteten polnischen Kirchenblattes, eines Blattes des Verbandes arbeitender Frauen, einer in Massenauflage erscheinenden polnischen Kinderzeitschrift usw. Als Baumgartenpark wurde Adamki sein Nachfolger. Erst vor zwei Jahren ist er von dem Polen des Leiters des polnischen Genossenschaftswesens zurückgetreten und zum Ehrenvorsitzenden ernannt worden. Schon seit langem war er Domberr des Posenen Domkapitels und seit einigen Jahren dessen Vorsteher. Die polnische Revolution hat er nach Kräften mit vorbereitender Hilfe. Beim polnischen Umsturz trat er sofort mit an die Spitze der Bewegung. Er war Kommissar der Obersten polnischen Volkskates, d. h. dessen eigentlicher Leiter und auch die Seele des „Polener Volksrates“. Ebenso spielte er die Hauptrolle in der provisorischen polnischen Regierung, die schon auf dem polnischen Teiltagstage noch zu deutscher Zeit gebildet wurde, und er betätigte sich, nachdem die Polen die Herrschaft an sich griffen hatten, mit einem Sonntagsrat, der beispiellos ist. Wir haben im „Silbann“ ein paarmalen Inhalt von Vorberichten mitgeteilt, die den Eindruck haben, als ob sie in der Gotteskate vor der schlimmsten Deutlichkeit und vor den tollsten Selbstkätigen jugendlichen Polen nicht zurückdrückt. Von 1919 bis 1922 gehörte er dem Sejm, von da bis 1927 dem Senat in Warschau an. Die Polen dankten ihm außerdem für seine skrupellose Förderung des „Polentums“ durch die Ernennung zum Ehrenprofessor der

Posenen Universität, zum Kurator der Posenen Genossenschaftsbank und durch Übertragung anderer Ehrenämter. — Das oberste polnische Polentum muß in der Ernennung Adamkis zum Bischof von Kattowitz eine ganz besondere Begünstigung durch den Papst erblicken. Sie beweist, eine wie starke Vorliebe der jenseitigen Papst für dieses aus seiner früheren Tätigkeit in Polen behalten hat und wie einflussreiche Freunde das Polentum nach wie vor offenbar im Vatikan besitzt. Das „Deutschtum in Oberbesohlen wird sich mehr denn je auf die Verteilung seiner elementarsten Rechte in Kirche, Öffentlichkeit und Schule gefaßt machen müssen.

Creiracrus wird verbrannt.

Die Polen haben sich noch immer nicht über die Reden des Reichsmilitärs Creiracrus zur Offiziersfrage „beruhigt“. Da man den Militär nicht selbst „zur Verantwortung ziehen kann“, verurteilt man ihn an seinem Abbild zu „töten“. So wurden bei einer Kundgebung in Posen und Warschau zwei Puppen mitgeführt, die den Reichsmilitär Creiracrus darstellen sollten. Die eine der Puppen wurde öffentlich verbrannt, während die andere an einem Galgen hing, der mit der Inschrift versehen war: „Dieses Voss erwartet jeden, der seine Hände nach „Pommerellen ausstrecken wird.“ Der Verbrannter des Tages war schließlich ein „Belmännchen“, wurde offiziell von den Vertretern der Behörden mit dem „Polenboden an der Spitze abgenommen.“ Die Beschüsse, die auf der Kundgebung gefaßt wurden, übertreffen an Hemmungslosigkeit und Verbreitung alles Bisherige und sind geeignet, an der politischen Einsicht der „Veranstalter Zweifel aufkommen zu lassen.

Nach einer Protestversammlung, die die „Kedter Abteilung der Kriegsmilitärden veranstaltet hatte, wurde beschlossen, in ganz Polen eine Sammlung zum Bau eines Unterjochboots für das „polnische Meer“ (die Offize) zu veranstalten. Das Unterjochboot soll den Namen „Antwort an Creiracrus“ erhalten; die Sammlung brachte bereits am ersten Tage allein in Ody 1000 Loty.

Gleichzeitig wird von der „Meeresliga“ unter dem Motto „Front zum Meer!“ eine Flotte zusammengestellt der polnischen „Kriegsflotte“ veranstaltet. Hierzu schreibt der „Kulturreichs-Verlag“: „Der Angriff der Kreuzerflotte auf „Pommerellen gegen die erste europäische Macht: Polen-Vietnam.“ Die Zeit der Kämpfe zwischen Polen und Völkchweissen baute uns Söngen, unfere Schmelze an der Offize. Möge die Rede von Creiracrus uns das Schwert in die Hand geben, eine mächtige nationale Flotte.“

Abteilung 3 erledigt die Stallarbeiten und erhält daneben in der Hauptsache Kuchenteier.

Der theoretische Unterricht erstreckt sich auf

a) wirtschaftliche Fächer: Ernährungslehre, Haushaltungslehre, Gesundheitslehre, einschließlich Kranken- und Säuglingspflege, Gartenbau, Geflügelzucht;

b) allgemein bildende Fächer: Rechnen, Geschäftsschreibweise, ländliche Lebensabfuhrführung, Deutsch, Bürgerkunde.

Eine dem Lebensalter der Schülerinnen angepaßte Hausordnung erzieht zur Pünktlichkeit, Ordnung und Sparsamkeit. Freizeit und Abendstunden werden nach Möglichkeit durch gemeinsames Lesen, Spiel und Gesang ausgefüllt.

Das Schul- und Kassegeld beträgt monatlich 55 RM, und 10 RM, für Verbräuter, ein Preis, der meistens unter dem üblichen Anfall liegt. Die Kurse werden am 20. März 1931 abgeschlossen.

Anfragen aller Art sind unter Befugung von Rückporto an die Geschäftsstelle des Deutschen Offiziersbundes, Berlin, oder an die Landesniederlassung Haushaltungslehre Haus Ostland in Westfalen, Spreewald, zu richten.

Wichtig für Verdränge.

Monopolentschädigung für vertriebene ostmärkische Destillateure.

Auf eine fernmündliche Anfrage beim Landesfinanzamt Berlin wurde mir von liberalen Kommunisten mitgeteilt, daß von diesen alles möglich geschieht, Einsicht in die Akten der früheren Hauptzollämter in der uns entzogenen Ostmark zwecks Feststellung der in den Jahren 1913 und 1914 verbrauchten Branntweinmengen der einzelnen Antragsteller zu bekommen.

Da sich aber wahrscheinlich die Verhandlungen mit den polnischen Regierungsbehörden noch längere Zeit hinziehen werden, rate ich allen vertriebenen ostmärkischen Destillateuren, die in ihrer Entschädigungslage die Verdrängung der Verdrängung der Verdrängung bisher nicht nachweisen konnten, jetzt noch schleunigst einen dahin gehenden Antrag bei der RMZM, in Berlin, der die Kamprüfung der Unterlagen obliegt, zu stellen.

Alfred Salinger,

Mitglied des Vorstandes der Gruppe Nord des Deutschen Offiziersbundes.

Bundesnachrichten.

Landwirtschafts- und Haushaltungskurse im Haus Offland.

Am 15. Oktober beginnen im Haus Offland bei Westfalen die diesjährigen Fächerkurse zur hauswirtschaftlichen Ausbildung von Bauern- und Siedlerlehrlern, die der Offland bisher in Seibow, Kreis Greifenhagen in Pommern, abhielt.

Der praktische Unterricht erstreckt sich auf folgende Gebiete:

1. Kochen, einschließlich Backen, Einmachen und Einkochen.
2. Hausarbeit, einschließlich Tischdecken und Servieren.
3. Wäschebehandlung.
4. Weibliche Handarbeiten (Sticken, Stopfen, Anfertigung von Wäsche und Kleidung, Weben).
5. Geflügelzucht.

Die Schülerinnen werden für die praktische Arbeit in mehrere Gruppen geteilt, die allmählich wechseln.

Abteilung 1 befragt das Kochen, Backen, sowie die Reinigung der Küche.

Abteilung 2 ist für die Reinhaltung des Hauses verantwortlich, übernimmt das Tischdecken und Servieren und die Wäschebehandlung.

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der Verein heimtätiger Schmiegler feierte Sonntag den 7. September unter zahlreicher Beteiligung im großen Saal von Albrechts Festhallen in Charlottenburg sein 2. Stiftungsfest. Sil. Margarete Jugehör sprach zunächst einen vom Landmann Sil. Zilbernagel

Millionär könnten Sie werden

und Mehreinnahmen über das Arbeitseinkommen hinaus erzielen, wenn Sie den unterer Nummer 36.20 beiliegenden Prospekt der Staatlichen Lotterie-Einnahme S i l u n n a, Berlin RM 35, Potsdamer Straße 116a (Ede Lützowstraße) beachten. Der darin enthaltene Glucksalender ermöglicht jedem, sich auf Grund für ihn bedeutsamer Daten eine Glückszahl zu wählen. Es wird noch besonders auf die bei der Neugestaltung der Staatlichen Lotterie hauseingeworfenen Gewinn- und Gewinnzahlen, die in der im Oktober beginnenden neuen Lotterie ausgespielt werden.

in Treue geschloßen. Protokoll, an dem sich die Begrüßungsansprache des Reichspräsidenten, Landammann Rebling, angeschlossen, der in dem Hoch auf den Reich ausklang. Der Vorstand des Deutschen Ostbundes war beim Seil durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Konrektor B. B. B. vertreten. Herr B. B. B. sprach über die Bedeutung der Treue und die Bedeutung der Treue für die Zukunft der Ostmark und ermahnte die Landesleute zum Ausbilden in der Liebe und Treue zur alten Heimat. Er schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf den Herrn Reichspräsidenten. Ein vom Landammann Rebling verliehtes Heimgelächel schloß die Sitzung ab. Der Vorstand des Deutschen Ostbundes war beim Seil durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Konrektor B. B. B. vertreten. Herr B. B. B. sprach über die Bedeutung der Treue und die Bedeutung der Treue für die Zukunft der Ostmark und ermahnte die Landesleute zum Ausbilden in der Liebe und Treue zur alten Heimat. Er schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf den Herrn Reichspräsidenten. Ein vom Landammann Rebling verliehtes Heimgelächel schloß die Sitzung ab. Der Vorstand des Deutschen Ostbundes war beim Seil durch den Vorsitzenden des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Konrektor B. B. B. vertreten. Herr B. B. B. sprach über die Bedeutung der Treue und die Bedeutung der Treue für die Zukunft der Ostmark und ermahnte die Landesleute zum Ausbilden in der Liebe und Treue zur alten Heimat. Er schloß seine mit lebhaftem Beifall aufgenommene Rede mit einem Hoch auf den Herrn Reichspräsidenten. Ein vom Landammann Rebling verliehtes Heimgelächel schloß die Sitzung ab.

Landesverband Ostmark.

Ortsgruppe Droffen. Auch kleinere Ortsgruppen können eindrucksvolle Festlichkeiten veranstalten und den ortsmässigen Geist beleben und stärken. Das bewies die Jubiläumsfeier der Ortsgruppe Droffen, die am 3. August in den Räumen und dem schönen Garten des Droffener Hofes stattfand. Mehr als 400 Personen nahmen an der Feier teil, unter diesen als Ehrenkopf Herr Bürgermeister Semtner und mehrere Mitglieder der benachbarten Ortsgruppen Reppen, Steinleim und Sels, sowie als Vertreter des Landesverbandes Ostmark bellen Dorfmeister, Herr Hofrat Hofsch und bellen Geschäftsführer, Herr Rosenk. Die Feier wurde eröffnet durch einen Prolog, der von Frä. Splittköhler vortragen wurde. Während die gut gekleidete Stadtkapelle aufspielte und für die Unterhaltung der Teilnehmer durch allerlei Veranlassungen gesorgt wurde, begrüßte der Vorsitzende, Herr Reffack, die Teilnehmer, neun Mitglieder, nämlich Steinleimhof, Schol, Diebhaber, Meyer, Kopp, Derschel, Warlich, Kopp, Rilling und Frau Saale. Ihnen wurde in Anerkennung ihrer verdienstvollen Tätigkeit die Ehrennadel überreicht. Herr Hofrat Hofsch führte in längerer Rede aus, daß der Ostbund kein Entschädigungsverein sei, wie vielfach behauptet wurde. Natürlich sei es die Aufgabe des Ostbundes, die Angelegenheiten der unglücklichen

Dem 10. Stiftungsfest der Ortsgruppe Wanne-Eickel.

(See i. "Editorial" No. 20 G. 308.)



Ostmärkische Heimatnachrichten.

Lehrer Paul Louis †.

Dürich und verarmt verstarb am 2. September an den Folgen einer Blutergussung der langjährige 1. Vorsitzende des „Vereins heimatreuer Pöfner, Off- und Westpreußen“ Herr Lehrer Paul Tonn in Forst (Kauff). In Westpreußen geboren, wirkte er lange Jahre in Brandenburg, bis auch für ihn im Jahre 1904 die Inmatrikulation in die Kaufmanns- und Fabrikschule in Königsberg eintraf. Auf dem dortigen Lehrstuhl für die Geschichte der Provinz Preußen, gründete hier den „Verein heimatreuer Pöfner, Off- und Westpreußen“ und erwarb sich in den Tagen der Abtönung durch die Erfüllung der Stimmberedigen in Forst und Umgebung ein ganz besonderes Verdienst. Er war ein eifriger Verehrter des Ostmarkengedankens, und sein ganzes Wirken und Streben galt der hohen Idee des Deutschen Ostlandes. Sein reiches pädagogisches Wissen und seine große Dürchdringung in der Geschichte des Ostlandes, das höchste Denkmal auf. Sein Name wird als Lehrer und Ostmarkenvereiner leben.

Pfarrer Hein Staemmlers Nachfolger.

Mit der kommissarischen Verwaltung der von dem Geheimen Konfistorialrat D. Stemmleer bekleideten Stelle als geistlicher Rat im evangelischen Konfistorium und erster Pfarrer an der St.-Pauli-Gemeinde in Posen ist vom 1. September d. J. ab der Pfarrer Hein aus Altköpen (früher in Schneidemühl und Anlin) beauftragt worden. Er ist Schriftleiter der trefflichen Posener Zeitschrift „Glaube und Heimat“.

Landeskulturrådspræsident i. R. Martin Petersen †.

Im Berlin-Dahlem fand am 6. September nach langem Leben der Bundeskulturamtspräsident i. R. Martin Peterlen im 69. Lebensjahr. Nachdem er von 1905 bis 1906 der Generalkommission in Frankfurt (Oder) angehört hatte, war er ein Jahr lang Vortragender Rat im Reichslichtschaftsministerium und darauf von 1907 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1927 Präsident des Bundeskulturamts in Frankfurt a. d. O. Die Siebzigstättengesellschaft Deutscher Oldbund hat sich stets seiner verdienstvollen Förderung zu erfreuen gehabt.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Pastor Ratfcher Groß-Labor (Polen): Herrn Reinhold Bahar in Polen.

Verlobt: Ingenieur Ludwig Engler in Berlin mit Fr. Gertrud Rieck, Stagers; Fabrikbesitzer Johannes Schäfer, Stettin, mit

Ortsgemeindegemeinschaft a. M. Das Sommerfest im August ist unter der Ungunst der Witterung. Das war aus dem Grunde bedauerlich, weil man den Darbietungen des Männer-Carnervereins ein jahreslanges Publikum gewinnhaft hätte. Die Abendveranstaltung war dennoch durchgeführt. Das reichhaltige Programm fand ungetrübten Beifall. An vier Firmen wurde die Schönheit deutscher Handarbeit gezeigt. Der Einkaufs der Aufbaubühne brachte mehrere hundert einflussreiche Gäste. Der Kurverein brachte eine Vorlesung über die Kuranlagen. Die Übungen der Kurvereine tanzten das Programm. Die Musik der Musikanten im Frieschischen erhielten wertvolle Preise. Anschließend wurde ausgeliebt getanzt.

Landesverband Ostpreußen.

Die Oratorien „Inferno“ gestaltete die erste Veranlassung nach dem Streichen der Rheinlande im ersten Weltkrieg. Während des Freiheitskampfes. Nach einleitenden Worten des 1. Vorsitzenden Herrn Gebhard Buttkomski, sprach Herr Studiorat Graul über den heldenmütigen Kampf der Rheinländer gegen die Verdränglichkeit der Franzosen. Er betonte, daß gerade die von Haus und Hof vertriebenen Oldmärker besonders großen Anteil an der Freude der westfälischen Grenzmark nahmen, weil auch sie am eigenen Leibe fühlten, daß sie in der Fremde verdrängt worden seien. Er sprach dann die Wünsche, daß die westfälischen Mark der Vertriebenen, Oldmärker, bald wieder mit dem Reich vereinigt werde und daß es den Vertriebenen vergönnt sein möge, den Krieg zu erleben, an dem sie selbst wieder in ihre alte Heimat: Oberschießen, Polen und Westpreußen einziehen könnten, verband Redner die Erinnerung an die zahlreichen, leider vergeblichen Blutsopfer, die nach Beendigung des Weltkrieges in Ostpreußen und Pommern gegeben wurden. Er sprach dann die Wünsche, daß die westfälische Heimat. Ihnen, Oldmärkern, ihren jenen, überleben würde und die eindrucksvolle Feierstadt, die dem Völkern noch auf Kommerz

Verwertung von Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Beratung, Vorschüsse, BELEIHUNG

Anlauf zu höchsten Kurien
und schnellstens durch
Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.
Sekt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfürst 2775.

In Brandenburg, Schlesien und Grenz-
markt Polen Westpreußen
haben wir noch übergeben.

Rentenwertschaften

40-80 Mq. mit Ernte, Inventar u. schließ-
fertigen Gebäuden, elektr. Licht u. Kraft;
bei 6000-10000 M. Anzahlung frei. Range-
fristige niedrige Reithypotheken, meist 1
Jahresjahr. Schuldverschreibungen und erst-
stellige Hypotheken werden angenommen.

Auskunft kostenlos durch

Deutsche Ansiedlungsbank
Berlins - Galenlee,
Seefener Straße 30.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Moritzplatz 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung

Reparaturen
sofort
Elg. Werkstatt
im Hause

Lieferant für Krankenkassen

Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Möbeltransporte



in Berlin und
nach außerhalb
per Bahn und
Automobil-
wagen. Woh-
nungstausch,
Lagerung.

Steglitzer Straße 91, Fernsprecher: Lützow 91 u. 6795

Ostländer!

Unterstützt die Heimat!

Kauft Eure
Tafelwörter täglich
frisch, höchste Qualität,
billig in Paketen unter
Nachnahme von der
Dampfmüllerei Engelstein,
Rte. Angerburg (Diptr.).

Landsleute! Bedient Euch Eurer Organisation! Schuldbuchforderungen

verwertet zu höchsten Kurien
sowie Beilehung von Polenschäden

**Ostmärkische
Spar- und Darlehnskasse**
e. G. m. b. H.

Berlin SW 11, Dessauer Straße 8 II

Sprechzeit 1-5 (außer Sonnabenden).
Bei schriftlichen Anfragen Rückporto.

Polnische Hypotheken

Forderungen, Verkauf-
pfeile, Grundstücke, die
Polen kauft für das
Hypotheken- und
Dandelshaus
Edmund Suwalki,
Bydgoszcz (Polen)
Emil Wollenberg,
Bin.-Charlottenburg,
Kommensstraße 46,
Tel. Bismard 4663.

Rentengüter

nicht 60 Morgen groß, reichlich Weizen, in großem
Dorf mit evangelischer Schule und Kirche, Volt
und Bahnstation, mit pflichtgemäßer Entge-
gung zum 1. Oktober 1930 zu verkaufen.
Anzahlung 8000 RM. Verkaufsgeld dauernd
unföndbar mit 2 bis 5 Prozent Verzinsung
einschließl. Tilgung. Näheres durch

Diplomlandwirt Hoffmann,
Schwiebus, Träger Straße 12.

Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer
Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe
Diese Abteilung hilft den Mitgliedern
bei der Verwertung ihrer Schuldbuch-
forderungen und bei allen damit zu-
sammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie
vermittelt alle Versicherungen zu gün-
stigen Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V.
Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinkl. 8031.

Biete an:

Reisehotel in Kommern, einziges in leb-
hafter Kleinstadt, mit Tanzhalle, Saal, Be-
einzimmer, viel Gastzimmer und 12 gütig-
gerüstete Fremdenzimmer, gute Baulichkeit,
verkauft umlag 38000 M. Die dazugehörigen
40 Mq. Acker bringen etwa 1800 M. Nacht-
Kosteneinnahme 4000 M. pro Jahr. Preis nach
Bereinbarung, Anz. etwa 12000-15000 M.

Pr. Landgasthof m. Kolonialwaren, allein
im Gutsdorf an Durchgangsaussage, m. 52 Mq.
Weizenboden, gute Gebäude, wird verkauft,
da der Besitzer seit Wochen hoffnungslos krank
liegt und die Frau mit mehr. kleinen Kindern
dem Betrieb nicht vorstehen kann. Hypothek
15000 M. zu 5%, Gerecht werden 80000 M.,
Anzahlung nicht unter 15000 M. (mit leb-
und totem Inventar sowie voller Ernte).

Landgasthof mit 8 Mq. eigen und 12 Mq.
Pacht, im gr. Dorf an Durchgangsaussage, sehr
gutes Geschäft, außer 180 t noch 300 Kisten
Hl.-Bier, gr. Saal u. viele Vereine, elektr. Licht
u. Kraft. Ford. 46000 M., Anz. etwa 14000 M.

Pr. Kunden-Wassermühle mit gut
eingerichteter Bäckerei, mit ausreich. Wasser,
Gebäude alle fast neu, massiv. Die Mühle
selbst ist wegen Brandes neu aufgebaut, alles
neu, mod. Maschinen, gr. Obhängen, 26 Mq.
Acker, sehr gute Lage am Ende des Dorfes,
Nähe Stadt und Berlin, gutes tot. und leb.
Inv. Ford. 39000 M., Anz. etwa 15000 M.

Landwirtschaft, 280 Mq. einschl. 60 Mq.
pr. 2 schattiger Weizen, Acker durchweg Weizen-
und Futtererbsenboden, Weizen und Acker in
einem Acker, etwa 5 Hekt. vom Geschäft, Lage
im Dorf, elektr. Licht und Kraft und Wasser-
leitung, Gebäude groß, massiv, gut und alle
unter Steinbau, Haus herrschaftl., 6 Zimmer,
über 100 Jahre in derselben Familie. Ford.,
über 100 t und tot. Inventar und voller Ernte,
80000 M., bei etwa 20000 M. Anzahlung.

Landwirtschaft, 55 Mq. einschl. 12 Mq.
Weizen, Nähe Berlin, volle Ernte, tot. u. leb.
Inv., elektr. Licht und Kraft, sehr gute
massive Gebäude, schöne Hoflage. Forderung
24000 Mark, Anzahlung etwa 7000 Mark.

Außerdem habe ich 11 Grundstücke von 10 Mq.
aufwärts in allen Gegenden, Hausgrundstücke,
Bäckereien, Kolonialwaren-Geschäfte u. Grund-
stücke, ebenso gr. Auswahl in Hotels u. Gasthöfen.

H. Buchholz, ehem. Administrator,
Weizen/Dorf, Frankfurt Str. 11. Tel. 276

400 Drucksachen Lissa I.P.

(Briefbogen, Rechnung-
Bögen, Kassenrollen,
Formen) 4 M. Nach-
sendung,
Bernau 24/6, b. Berlin

Verwaltung von Hän-
dern usw. übernimmt
zu günst. Bedingungen.
Offerten unter 286 an
das Ostland erbeten.

Kleinsiedlungen

die auch zu Gärtnereien u. Geflügel-
farmen ausgebaut werden können,
an Chaussee in Freienhagen bei
Rastenburg a. d. Nordbahn, 5 Mq.
Acker u. 3 Mq. Weizen, neue freibren-
nend getrennte Wohn- u. Wirtschaft-
gebäude m. elektr. Lichtanlage, voller
Ernte. Gr. Kirche u. Schule im Ort.
Anzahlpreis 15000 M., Anz. 2000 M.
Verkaufsgeld zu 5%, Zinsen einschl.
Abtrag, keine Grundbesitzersteuer.
Anfragen durch Deutsche O-
stbundesleitung, Berlin-
Dahlem, Königin-Luise-Straße 44.